



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie*

---

**2011/0300(COD)**

28.3.2012

**\*\*\*I**

## **ENTWURF EINES BERICHTS**

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG (COM(2011)0658 – C7-0371/2011 – 2011/0300(COD))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichterstatter: António Fernando Correia de Campos

### ***Erklärung der benutzten Zeichen***

- \* Verfahren der Konsultation
- \*\*\* Verfahren der Zustimmung
- \*\*\*I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- \*\*\*II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- \*\*\*III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

### ***Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Gesetzgebungsakts***

In den Änderungsanträgen des Parlaments werden die Änderungen am Entwurf eines Gesetzgebungsakts durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen, dass für diese Teile des Entwurfs eines Gesetzgebungsakts im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise wenn Textteile in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

Der Kopftext zu dem gesamten Änderungsantrag zu einem bestehenden Rechtsakt, der durch den Entwurf eines Gesetzgebungsakts geändert werden soll, umfasst auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden. Textteile, die aus einer Bestimmung eines bestehenden Rechtsakts übernommen sind, die das Parlament ändern will, obwohl sie im Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht geändert ist, werden durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden wie folgt gekennzeichnet: [...].

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	5
BEGRÜNDUNG .....	71



## **ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

**zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG  
(COM(2011)0658 – C7-0371/2011 – 2011/0300(COD))**

**(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2011)0658),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 sowie Artikel 172 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C7-0371/2011),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
  - in Kenntnis der vom Unterhaus des Vereinigten Königreichs im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegten begründeten Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf des Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Gerichtshofs vom 1. Februar 2012<sup>1</sup>,
  - in Kenntnis der Stellungnahme der Europäischen Zentralbank vom 1. Februar 2012<sup>2</sup>,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 1. Februar 2012<sup>3</sup>,
  - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr und des Ausschusses für regionale Entwicklung (A7-0000/2012),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
  2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;

---

<sup>1</sup> ABl. C 0000 vom 0.0.2012, S. 0.

<sup>2</sup> ABl. C 0000 vom 0.0.2012, S. 0.

<sup>3</sup> ABl. C 0000 vom 0.0.2012, S. 0.

3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

**Änderungsantrag 1**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(6a) Da Infrastruktur ökologisch, sozial und wirtschaftlich am vorteilhaftesten ist, wenn sie nicht gebaut werden muss, ist Energieeffizienz von entscheidender Bedeutung, und den voraussichtlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Richtlinie über Energieeffizienz sollte, was eine Minderung des Bedarfs an künftiger Infrastruktur betrifft, in vollem Umfang Rechnung getragen werden.***

Or. en

**Änderungsantrag 2**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 13 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(13a) Da der Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen am neuen Energiemix in kurzer Zeit erheblich gestiegen ist, hat sich auch dessen technologische Komplexität verstärkt und die Gefahr einer mangelnden Koordinierung und gar von Stromausfällen in den von zahlreichen Komponenten abhängigen Netzen verschärft. Eine enge Koordinierung der Strom- und Gasnetze auf regionaler und EU-Ebene, bei der Informationen über den grenzübergreifenden Austausch in Echtzeit erfasst werden, könnte für die nationalen Regulierungsbehörden, die Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber, die Agentur und die Kommission zu einem wichtigen***

*Werkzeug werden, mit dem die für die Planung und den erfolgreichen Betrieb von Infrastrukturnetzen notwendigen Informationen zusammengestellt werden. Das Europäische Netz der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-Strom) und das Europäische Netz der Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO-Gas) sollten der Kommission Vorschläge vorlegen, wie die operative Koordinierung der europäischen Energieinfrastruktur in Echtzeit in angemessener Weise gestaltet und durchgeführt werden sollte.*

Or. en

**Änderungsantrag 3**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 17**

*Vorschlag der Kommission*

(17) Die unionsweite Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse sollte auf Projekte beschränkt sein, die den größten Beitrag zur Realisierung der vorrangigen strategischen Energieinfrastrukturkorridore und -gebiete leisten. Daher muss die Entscheidung über die Liste von der Kommission getroffen werden, wobei das Recht der Mitgliedstaaten **gewahrt wird**, Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die ihr Hoheitsgebiet betreffen, zu genehmigen. Aus der Analyse in der beigefügten Folgenabschätzung geht hervor, dass die Zahl solcher Vorhaben im Stromsektor auf etwa 100 und im Gassektor auf 50 geschätzt wird.

*Geänderter Text*

(17) Die unionsweite Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse sollte auf Projekte beschränkt sein, die den größten Beitrag zur Realisierung der vorrangigen strategischen Energieinfrastrukturkorridore und -gebiete leisten. Daher muss die Entscheidung über die Liste von der Kommission getroffen werden, wobei **im Verfahren für die Auswahl von Vorhaben die Grundsätze der Transparenz und Objektivität gewahrt werden müssen**. Das Recht der Mitgliedstaaten, Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die ihr Hoheitsgebiet betreffen, zu genehmigen, **wird gemäß dem Vertrag geschützt**. **Lehnen Mitgliedstaaten Vorhaben von gemeinsamem Interesse in ihrem Hoheitsgebiet ab, sollte diese Ablehnung gebührend gerechtfertigt und mit einer stichhaltigen Begründung versehen werden**. Aus der Analyse in der beigefügten Folgenabschätzung geht hervor, dass die Zahl solcher Vorhaben **von gemeinsamem Interesse** im Stromsektor

auf etwa 100 und im Gassektor auf 50 geschätzt wird.

Or. en

**Änderungsantrag 4**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 21 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(21a) Nach der Bewertung der Wirksamkeit der gegenwärtigen Bestimmungen über die Erteilung von Genehmigungen sollte den Mitgliedstaaten nahegelegt werden, diese Bestimmungen nicht nur auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse anzuwenden, sondern auf alle Vorhaben, die in Bezug auf die technische Durchführbarkeit als notwendig erachtet werden.***

Or. en

*Begründung*

*Bei innerstaatlichen Vorhaben, die sich möglicherweise auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse auswirken und für deren Entwicklung (Verbesserung der innerstaatlichen Netze) wichtig, aber nicht unbedingt darin integriert sind, kann es zu erheblichen Verzögerungen kommen.*

**Änderungsantrag 5**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 23**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(23) Die korrekte und abgestimmte Durchführung der Richtlinie 85/337/EG des Rates in der geänderten Fassung sowie der Übereinkommen von Århus und Espoo sollte für die Harmonisierung der wichtigsten Grundsätze für die Umweltverträglichkeitsprüfung, auch in einem grenzüberschreitenden Kontext,

(23) Die korrekte und abgestimmte Durchführung der Richtlinie 85/337/EG des Rates in der geänderten Fassung sowie der Übereinkommen von Århus und Espoo sollte für die Harmonisierung der wichtigsten Grundsätze für die Umweltverträglichkeitsprüfung, auch in einem grenzüberschreitenden Kontext,



sorgen. Die Mitgliedstaaten sollten bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse ihre Prüfungen abstimmen und, soweit möglich, gemeinsame Prüfungen vorsehen.

sorgen. Die Mitgliedstaaten sollten bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse ihre Prüfungen abstimmen und, soweit möglich, gemeinsame Prüfungen vorsehen. ***Den Mitgliedstaaten sollte nahegelegt werden, sich über bewährte Verfahren und den Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich Genehmigungsverfahren auszutauschen, und die Kommission sollte an der Förderung dieser Bemühungen mitwirken.***

Or. en

**Änderungsantrag 6**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 24**

*Vorschlag der Kommission*

(24) Angesichts der Dringlichkeit, die hinsichtlich der Entwicklung der *Energieinfrastrukturen* geboten ist, muss die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren mit einer eindeutigen Frist für die Entscheidung der zuständigen Behörden über den Bau des Vorhabens einhergehen. Diese Frist sollte zu einer effizienteren Festlegung und Handhabung der Verfahren und in keinem Fall zu Abstrichen bei den hohen Standards für den Umweltschutz und die Beteiligung der Öffentlichkeit führen.

*Geänderter Text*

(24) Angesichts der Dringlichkeit, die hinsichtlich der Entwicklung der *Energieinfrastruktur* geboten ist, muss die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren mit einer eindeutigen Frist für die Entscheidung der zuständigen Behörden über den Bau des Vorhabens ***und mit Maßnahmen einhergehen, mit denen nationalen Einrichtungen nahegelegt wird, neue und effektivere Arbeitsmethoden zu übernehmen.*** Diese Frist sollte zu einer effizienteren Festlegung und Handhabung der Verfahren und in keinem Fall zu Abstrichen bei den hohen Standards für den Umweltschutz und die Beteiligung der Öffentlichkeit führen.

Or. en

**Änderungsantrag 7**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 28**

(28) Nach den bestehenden Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt müssen Tarife für den Zugang zu Gas- und Stromnetzen angemessene Investitionsanreize bieten. Bei der Anwendung der Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt sollten die nationalen Regulierungsbehörden **dafür sorgen, dass Anreize** für Vorhaben von gemeinsamem Interesse, einschließlich langfristiger Anreize, dem besonderen Risikograd des jeweiligen Vorhabens entsprechen. Dies gilt insbesondere im Stromsektor für innovative Übertragungstechnologien, um eine in großem Maßstab erfolgende Integration *erneuerbarer Energien*, dezentraler Energieressourcen oder der Reaktion auf der Nachfrageseite in miteinander verbundenen Netzen zu ermöglichen, und im Gassektor für die Gasfernleitungsinfrastruktur, die dem Markt eine größere Kapazität oder zusätzliche Flexibilität für den kurzfristigen Handel oder die Reserveversorgung bei Versorgungsunterbrechungen zur Verfügung stellt.

(28) Nach den bestehenden Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt müssen Tarife für den Zugang zu Gas- und Stromnetzen angemessene Investitionsanreize bieten. Bei der Anwendung der Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt sollten die nationalen Regulierungsbehörden **für einen stabilen und berechenbaren Regulierungsrahmen mit Anreizen** für Vorhaben von gemeinsamem Interesse **sorgen**, einschließlich langfristiger Anreize, **die** dem besonderen Risikograd des jeweiligen Vorhabens entsprechen. Dies gilt insbesondere im Stromsektor für innovative Übertragungstechnologien, um eine in großem Maßstab erfolgende Integration von *Energie aus erneuerbaren Quellen*, dezentraler Energieressourcen oder der Reaktion auf der Nachfrageseite in miteinander verbundenen Netzen zu ermöglichen, und im Gassektor für die Gasfernleitungsinfrastruktur, die dem Markt eine größere Kapazität oder zusätzliche Flexibilität für den kurzfristigen Handel oder die Reserveversorgung bei Versorgungsunterbrechungen zur Verfügung stellt.

Or. en

*Begründung*

*Wenn es in Europa einen stabilen und berechenbaren Regulierungsrahmen gibt, können Projektentwickler und Investoren ohne regulierungstechnisches Risiko für die Investitionstätigkeit Mittel auf den Kapitalmärkten beschaffen.*

**Änderungsantrag 8**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 30**

#### *Vorschlag der Kommission*

(30) Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Bereichen Strom, Gas und CO<sub>2</sub> sollten eine finanzielle Unterstützung der Union gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ für Studien und unter bestimmten Voraussetzungen für Arbeiten in Form von Finanzhilfen oder in Form von innovativen Finanzierungsinstrumenten erhalten können. Dadurch wird sichergestellt, dass eine maßgeschneiderte Unterstützung für jene Vorhaben von gemeinsamem Interesse bereitgestellt werden kann, die mit dem bestehenden Regulierungsrahmen und unter den gegebenen Marktbedingungen nicht tragfähig sind. Durch eine solche finanzielle Unterstützung sollten die erforderlichen Synergien mit einer Finanzierung aus anderen Instrumenten im Rahmen anderer Politikbereiche der Union sichergestellt werden. Die Fazilität „Connecting Europe“ wird Energieinfrastruktur von europäischer Bedeutung finanzieren, während die Strukturfonds intelligente Energieverteilernetze von lokaler oder regionaler Bedeutung finanzieren werden. Die beiden Finanzierungsquellen werden einander daher ergänzen.

#### *Geänderter Text*

(30) Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Bereichen Strom, Gas und CO<sub>2</sub> sollten eine finanzielle Unterstützung der Union gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ für Studien und unter bestimmten Voraussetzungen für Arbeiten in Form von Finanzhilfen oder in Form von innovativen Finanzierungsinstrumenten erhalten können. Dadurch wird sichergestellt, dass eine maßgeschneiderte Unterstützung für jene Vorhaben von gemeinsamem Interesse bereitgestellt werden kann, die mit dem bestehenden Regulierungsrahmen und unter den gegebenen Marktbedingungen **zwar** nicht tragfähig, **aber mit den EU-Rechtsvorschriften für den Energiebinnenmarkt vereinbar** sind. Durch eine solche finanzielle Unterstützung sollten die erforderlichen Synergien mit einer Finanzierung aus anderen Instrumenten im Rahmen anderer Politikbereiche der Union sichergestellt werden. Die Fazilität „Connecting Europe“ wird Energieinfrastruktur von europäischer Bedeutung finanzieren, während die Strukturfonds intelligente Energieverteilernetze von lokaler oder regionaler Bedeutung finanzieren werden. Die beiden Finanzierungsquellen werden einander daher ergänzen.

Or. en

#### **Änderungsantrag 9 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Nummer 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. „Energieinfrastruktur“ bezeichnet jede materielle Ausrüstung, die für die

#### *Geänderter Text*

1. „Energieinfrastruktur“ bezeichnet jede materielle Ausrüstung, die für die

Stromübertragung und -verteilung oder die Gasfernleitung und -verteilung, für den Transport von Erdöl oder von CO<sub>2</sub> oder für die Speicherung von Strom **oder** Gas konzipiert ist und sich in der Union befindet oder die Union mit einem oder mehr als einem Drittland verbindet;

Stromübertragung und -verteilung oder die Gasfernleitung und -verteilung, **einschließlich der Anlagen für die Übernahme und Rückvergasung und Dekomprimierung von Flüssigerdgas**, für den Transport von Erdöl oder von CO<sub>2</sub> oder für die Speicherung von Strom, Gas **oder CO<sub>2</sub>** konzipiert ist und sich in der Union befindet oder die Union mit einem oder mehr als einem Drittland verbindet;

Or. en

**Änderungsantrag 10**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 2 – Nummer 5 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

(a) einen Übertragungs-  
/Fernleitungsnetzbetreiber oder  
Verteilernetzbetreiber oder sonstigen  
Betreiber oder Investor, der ein Vorhaben  
von gemeinsamem Interesse entwickelt,  
**oder**

*Geänderter Text*

(a) einen Übertragungs-  
/Fernleitungsnetzbetreiber oder  
Verteilernetzbetreiber oder sonstigen  
Betreiber oder Investor, der ein Vorhaben  
von gemeinsamem Interesse **im Sinne  
dieser Verordnung** entwickelt,

Or. en

**Änderungsantrag 11**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 2 – Nummer 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5a. „Agentur“ bezeichnet die durch die  
Verordnung (EG) Nr. 713/2009  
gegründete Agentur für die  
Zusammenarbeit der  
Energierегulierungsbehörden;**

Or. en

**Änderungsantrag 12**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 2 – Nummer 5 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5b. „regionale Gruppe“ bezeichnet eine für die vorrangigen Korridore gemäß Anhang I eingerichtete Gruppe, der Vertreter der Mitgliedstaaten, der nationalen Regulierungsbehörden, der Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber, der möglicherweise in Betracht kommenden Projektentwickler, die Organisationen der Erzeuger und der Verteilernetzbetreiber, die Kommission, die Agentur und die beiden ENTSO angehören können und deren Aufgabe es ist, bei der Auswahl von Vorhaben von gemeinsamem Interesse zusammenzuarbeiten und ihre Durchführung zu überwachen;**

Or. en

**Änderungsantrag 13**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 2 – Nummer 5 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5c. „Konsens“ bezeichnet das Ergebnis eines Entscheidungsverfahrens der Gruppe auf der Grundlage der Zustimmung der Beteiligten, unabhängig davon, ob die Zustimmung einstimmig erfolgt ist;**

Or. en

**Änderungsantrag 14**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Die Kommission erstellt eine unionsweite Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse. Die Liste wird alle zwei Jahre überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die erste Liste wird spätestens bis zum 31. Juli 2013 verabschiedet.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 15  
Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 3 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Die Projektentwickler legen der relevanten Gruppe gemäß Anhang III Nummer 2 Absatz 1 innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung einen Antrag auf Auswahl ihres Vorhabens als Vorhaben von gemeinsamem Interesse vor.**

Or. en

*Begründung*

*Im Interesse der Klarheit und der Transparenz der Verfahren sollten alle Fristen mit dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung beginnen.*

**Änderungsantrag 16  
Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 3 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Jede Gruppe erstellt eine *Vorschlagsliste* für Vorhaben von gemeinsamem Interesse *gemäß dem in Anhang III Abschnitt 2 beschriebenen Verfahren anhand des Beitrags eines jeden Vorhabens zur***

**3. Jede Gruppe erstellt eine *Liste mit regionalen Vorschlägen* für Vorhaben von gemeinsamem Interesse *und berücksichtigt dabei***

***Realisierung der in Anhang I  
aufgeführten vorrangigen  
Energieinfrastrukturkorridore und -  
gebiete und anhand deren Einhaltung der  
in Artikel 4 festgelegten Kriterien. Jeder  
einzelne Vorschlag für ein Vorhaben  
muss von dem Mitgliedstaat/den  
Mitgliedstaaten, dessen/deren  
Hoheitsgebiet das Vorhaben betrifft,  
genehmigt werden.***

***das in Anhang III Abschnitt 2  
beschriebene Verfahren,***

***– den Beitrag eines jeden Vorhabens zur  
Realisierung der Ziele der in Anhang I  
aufgeführten vorrangigen  
Energieinfrastrukturkorridore und  
-gebiete,***

***– die Einhaltung der in Artikel 4  
Absätze 1 und 2 festgelegten Kriterien  
durch jedes Vorhaben,***

***– eine Bewertung des Beitrags des  
Vorhabens zu den spezifischen Kriterien  
gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a  
bis e, je nach Kategorie des Vorhabens,  
und gemäß Artikel 4 Absatz 3 und***

***– den Beitrag zu den Zielen des  
territorialen Zusammenhalts.***

Or. en

#### ***Begründung***

*Der Vertrag von Lissabon nennt gemäß dem EUV und dem AEUV den territorialen Zusammenhalt und die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Energiebereich als allgemeine Ziele der Union und überträgt der Union eine mit den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit (Artikel 174 AEUV, Artikel 194 Absatz 1 AEUV) in diesem Bereich. Es sollte klar sein, dass jedes Vorhaben einer Bewertung nach mehreren Kriterien unterzogen werden muss, anhand derer im Gegensatz zu einer Analyse nur eines Kriteriums die Vorteile und der Beitrag jedes Vorhabens in Bezug auf die energie- und klimapolitischen Ziele der EU aufgezeigt werden.*

**Änderungsantrag 17  
Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 3 – Absatz 4 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Strom- und Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkte 1 und 2 genannten Kategorien fallen, übermittelt jede Gruppe spätestens ***sechs Monate vor dem Datum für die Verabschiedung der unionsweiten Liste gemäß Absatz 1*** der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden („Agentur“) ihre Vorschlagsliste für Vorhaben von gemeinsamem Interesse.

*Geänderter Text*

Bei Strom- und Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkte 1 und 2 genannten Kategorien fallen, übermittelt jede Gruppe spätestens ***drei Monate nach Ablauf der Frist gemäß Artikel 2a*** der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden („Agentur“) ihre Vorschlagsliste für Vorhaben von gemeinsamem Interesse.

Or. en

**Änderungsantrag 18**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 4 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Erdöl- und CO<sub>2</sub>-Transportvorhaben, die unter die in Anhang II Punkte 3 und 4 genannten Kategorien fallen, übermittelt jede Gruppe spätestens ***sechs Monate vor dem Datum für die Verabschiedung der unionsweiten Liste gemäß Absatz 1*** der Kommission ihre Vorschlagsliste für Vorhaben von gemeinsamem Interesse.

*Geänderter Text*

Bei Erdöl- und CO<sub>2</sub>-Transportvorhaben, die unter die in Anhang II Punkte 3 und 4 genannten Kategorien fallen, übermittelt jede Gruppe spätestens ***drei Monate nach Ablauf der Frist gemäß Artikel 2a*** der Kommission ihre Vorschlagsliste für Vorhaben von gemeinsamem Interesse.

Or. en

**Änderungsantrag 19**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4a. Bei der Erstellung einer Vorschlagsliste für Vorhaben von gemeinsamem Interesse durch eine regionale Gruppe ist für jeden einzelnen Vorschlag für ein Vorhaben die***



*Genehmigung des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten, in dessen bzw. deren Hoheitsgebiet das Vorhaben sich befindet, erforderlich.*

*Ein Mitgliedstaat, der ein von einer regionalen Gruppe ausgewähltes Vorhaben von gemeinsamem Interesse ablehnt, muss seiner Ablehnung Folgendes beifügen:*

*(a) eine stichhaltige Begründung seiner Entscheidung;*

*(b) einen ausführlichen und angemessenen Plan mit Alternativmaßnahmen, die für die Verwirklichung der Ziele des abgelehnten Vorhabens erforderlich sind, sofern er wirtschaftlich in gleichem Maße effizient ist und den anderen Mitgliedstaaten die gleichen Vorteile bietet, ohne dass sich ihre jeweiligen Kosten erhöhen.*

*Widerspricht mindestens ein anderer Mitgliedstaat der Entscheidung des Mitgliedstaats bzw. der Mitgliedstaaten, in dessen bzw. deren Hoheitsgebiet das Vorhaben sich befindet, wird die Angelegenheit an die Agentur verwiesen, die eine Stellungnahme zu der Bedeutung des vorgeschlagenen Vorhabens für die Vollendung des Energiebinnenmarkts der Union, für die Verwirklichung der energie- und klimapolitischen Ziele und für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit abgibt. Bis zur Abgabe der Stellungnahme durch die Agentur wird die Vorschlagsliste für Vorhaben, die die Gruppe betreffen, zurückgestellt.*

*Hält die Agentur es für angemessen, das Vorhaben als Vorhaben von gemeinsamem Interesse einzustufen, prüfen die betroffenen Mitgliedstaaten, die Agentur und die Kommission die stichhaltige Begründung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine mögliche Lösung, damit das Vorhaben in die unionsweite Liste der Vorhaben von*

*gemeinsamem Interesse aufgenommen werden kann.*

Or. en

*Begründung*

*Bei der Ablehnung eines Vorhabens sollten die Mitgliedstaaten den europäischen Interessen Rechnung tragen. Mit Hilfe der Kommission und der Agentur sollte für neutrale und faire Rahmenbedingungen in Bezug auf das Auswahlverfahren gesorgt werden, wenn es um konkurrierende Vorhaben geht.*

**Änderungsantrag 20**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Bei Strom- und Gasvorhaben, die unter die in Anhang II *Punkte 1 und 2* genannten Kategorien fallen, übermittelt die Agentur innerhalb von ***zwei Monaten*** nach Erhalt der in Absatz 4 Unterabsatz 1 genannten Vorschlagslisten für Vorhaben von gemeinsamem Interesse der Kommission eine ***Stellungnahme zu den Vorschlagslisten für Vorhaben von gemeinsamem Interesse, in der insbesondere die konsequente Anwendung der in Artikel 4 festgelegten Kriterien in allen Gruppen und die Ergebnisse der Analyse berücksichtigt werden, die vom ENTSO-Strom und vom ENTSO-Gas gemäß Anhang III Punkt 2.6 durchgeführt wurde.***

*Geänderter Text*

5. Bei Strom- und Gasvorhaben, die unter die in Anhang II *Nummern 1 und 2* genannten Kategorien fallen, übermittelt die Agentur innerhalb von ***drei Monaten*** nach Erhalt der in Absatz 4 Unterabsatz 1 genannten Vorschlagslisten für Vorhaben von gemeinsamem Interesse der Kommission eine ***begründete Empfehlung mit folgenden Vorschlägen:***

***– für jede regionale Liste eine Rangfolge der Vorhaben, die in einer begrenzten Anzahl von Kategorien nach Maßgabe ihrer Priorität zu einem Verbund zusammengefasst wurden;***

***– eine unionsweite Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die nach dem jeweiligen Verbund zusammengefasst sind.***

***In ihrer Analyse berücksichtigt die Agentur die in Artikel 4 festgelegten***

***Kriterien, die Ergebnisse der Analyse, die vom ENTSO-Strom und vom ENTSO-Gas gemäß Anhang III Nummer 2 Absatz 6 durchgeführt wurde, und die konsequente Anwendung dieser Kriterien in allen Gruppen. Die Agentur berücksichtigt außerdem die Vereinbarkeit der Vorhaben mit dem kohärenten Ausbau des Netzes im Hinblick auf die wirtschaftliche Effizienz, die länderübergreifende operative Integration und das spezifische Potenzial der einzelnen Gebiete, optimal dazu beizutragen, dass die energie- und klimapolitischen Ziele der EU verwirklicht werden.***

Or. en

*Begründung*

*The submission of project proposals for PCI by operators follows a bottom-up approach. The analysis carried out by the Groups builds on the TYNDPs, but they are still a patchwork of national TSO plans. The process is immature for assessing the efficiency of each project in contributing to the EU energy policy goals. Hence, the PCI selection should be complemented by a EU top-down approach through an independent entity such as ACER, which guarantees coordination and coherence of network expansion, ensures economically efficient investments and safeguard the consumers' interests. Ranking shall be carried out in an aggregated form on the basis of the cost benefit and multi-criteria analysis as tool for decision-making.*

**Änderungsantrag 21**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***6a. Innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der Empfehlung für eine Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse durch die Agentur erstellt die Kommission eine unionsweite Liste der zu einem Verbund zusammengefassten Vorhaben von gemeinsamem Interesse und gewährleistet dabei, dass den Mitgliedstaaten in Randlage und den kleinen Mitgliedstaaten und dem Ziel, die Isolation im Energiebereich in der EU bis 2015 zu beenden, angemessen Rechnung***

*getragen wird. Die Liste wird im Einklang mit dem Zehnjahresnetzentwicklungsplänen der Union und gemäß dem Verfahren der Absätze 3 bis 6a bei Bedarf alle zwei Jahre überprüft und aktualisiert.*

Or. en

*Begründung*

*Gemäß den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 4. Februar 2011 ist den Mitgliedstaaten in Randlage und der Beseitigung von „Energieinseln“ Rechnung zu tragen.*

**Änderungsantrag 22**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 6 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***6b. Die Kommission legt den regionalen Gruppen eine ausführliche Begründung der Ergebnisse der unionsweiten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse vor und macht diese Begründung öffentlich zugänglich.***

Or. en

*Begründung*

*Der Grundsatz der Transparenz ist zu wahren.*

**Änderungsantrag 23**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Vorhaben von gemeinsamem Interesse erfüllen die folgenden allgemeinen **Kriterien:**

1. Vorhaben von gemeinsamem Interesse erfüllen die folgenden allgemeinen **Auswahlkriterien:**

Or. en

**Änderungsantrag 24**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe -a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(-a) Das Vorhaben ist mit den energie- und klimapolitischen Zielen der EU vereinbar und**

Or. en

**Änderungsantrag 25**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(a) Das Vorhaben ist für die Realisierung der in Anhang I aufgeführten vorrangigen Energieinfrastrukturkorridore und -gebiete erforderlich und

(a) das Vorhaben trägt erheblich zu der Realisierung der Ziele der in Anhang I aufgeführten vorrangigen Energieinfrastrukturkorridore und -gebiete und gemäß der Bewertung nach den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels bei und

Or. en

**Änderungsantrag 26**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(c) am Vorhaben sind mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligt, **entweder dadurch, dass** es die **Grenze** eines Mitgliedstaates oder mehrerer Mitgliedstaaten direkt quert, oder **dadurch, dass** es sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befindet **und** erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen **im Sinne von Anhang IV Punkt 1** hat.

(c) am Vorhaben sind mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligt, **wenn** es die **Land- oder Seegrenze** eines Mitgliedstaates oder mehrerer Mitgliedstaaten direkt quert oder es sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befindet, **jedoch** erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen hat, **oder wenn es im Fall eines**

*innerstaatlichen Kapazitätsausbaus für eine grenzüberschreitende Übertragungs- oder Fernleitung im Sinne von Anhang IV Nummer 1 von Bedeutung ist oder die Anbindung von Inseln und Gebieten in Randlage an zentrale Gebiete der Union bezweckt.*

Or. en

*Begründung*

*Im Hinblick auf die Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist es notwendig, die Netzeinspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen im Rahmen von Vorhaben zum innerstaatlichen Kapazitätsausbau zu fördern, wenn diese zur grenzüberschreitenden Übertragungskapazität im Sinne der Kriterien von Anhang IV beitragen.*

**Änderungsantrag 27**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe a – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(a) bei Stromübertragungs- und -speichervorhaben, die unter die in Anhang II *Punkt 1* Buchstaben a bis d genannten Kategorien fallen, **trägt das** Vorhaben erheblich zu mindestens einem der folgenden spezifischen Kriterien bei:

*Geänderter Text*

(a) bei Stromübertragungs- und -speichervorhaben, die unter die in Anhang II *Nummer 1* Buchstaben a bis d genannten Kategorien fallen, **tragen die in Betracht kommenden** Vorhaben erheblich zu mindestens einem der folgenden spezifischen Kriterien bei:

Or. en

**Änderungsantrag 28**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1**

*Vorschlag der Kommission*

– Marktintegration, Wettbewerb und Netzflexibilität;

*Geänderter Text*

– Marktintegration, Wettbewerb und Netzflexibilität **unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus von grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen und der Verhinderung von**

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2**

*Vorschlag der Kommission*

– Nachhaltigkeit, unter anderem durch die Übertragung von regenerativ erzeugtem Strom zu großen Verbrauchszentren und Speichereinrichtungen;

*Geänderter Text*

– Nachhaltigkeit, unter anderem durch **die Einspeisung von regenerativ erzeugter Energie in das Netz und** die Übertragung von regenerativ erzeugtem Strom zu großen Verbrauchszentren und Speichereinrichtungen;

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe b – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(b) bei Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, **trägt das** Vorhaben erheblich zu mindestens einem der folgenden spezifischen Kriterien bei:

*Geänderter Text*

(b) bei Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, **tragen die in Betracht kommenden** Vorhaben erheblich zu mindestens einem der folgenden spezifischen Kriterien bei:

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe b – Spiegelstrich 2**

*Vorschlag der Kommission*

– Versorgungssicherheit, unter anderem durch die Diversifizierung der Versorgungsquellen, Lieferanten und

*Geänderter Text*

– Versorgungssicherheit, unter anderem durch die Diversifizierung der Versorgungsquellen, Lieferanten und

Versorgungswege;

Versorgungswege **und durch den  
Gastransport entgegen der  
Hauptflussrichtung**;

Or. en

**Änderungsantrag 32**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe e – Spiegelstrich 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

– Stärkung der Belastbarkeit und der  
Sicherheit des CO<sub>2</sub>-Transports;

– Stärkung der Belastbarkeit und der  
Sicherheit des CO<sub>2</sub>-Transports **oder der  
CO<sub>2</sub>-Speicherung**;

Or. en

**Änderungsantrag 33**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 4 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

4. Bei der Reihung von Vorhaben, die zur  
Umsetzung derselben Priorität beitragen,  
sind auch **die Dringlichkeit eines jeden  
vorgeschlagenen Vorhabens im Hinblick  
auf die Erfüllung der energiepolitischen  
Ziele der Marktintegration und des  
Wettbewerbs, der Nachhaltigkeit und der  
Versorgungssicherheit** gebührend zu  
berücksichtigen **ebenso wie die Zahl der  
von jedem Vorhaben betroffenen  
Mitgliedstaaten und die Frage, inwieweit  
es andere vorgeschlagene Vorhaben  
ergänzt. Bei Vorhaben, die unter die in  
Anhang II Punkt 1 Buchstabe e genannte  
Kategorie fallen, sind außerdem die Zahl  
der vom Vorhaben betroffenen Nutzer,  
der jährliche Energieverbrauch und der  
Anteil der Erzeugung aus nichtregelbaren  
Energiequellen in dem von diesen  
Nutzern erfassten Gebiet angemessen zu**

4. Bei der Reihung von Vorhaben, die zur  
Umsetzung derselben Priorität beitragen,  
sind auch folgende Kriterien gebührend zu  
berücksichtigen:



*berücksichtigen.*

*die Dringlichkeit eines jeden vorgeschlagenen Vorhabens im Hinblick auf die Erfüllung der energiepolitischen Ziele der Marktintegration und des Wettbewerbs, der Nachhaltigkeit und der Versorgungssicherheit;*

*– die Zahl der von jedem Vorhaben betroffenen Mitgliedstaaten, sofern kein Mitgliedstaat aufgrund seiner geografischen Lage diskriminiert wird;*

*– die Frage, inwieweit das Projekt andere vorgeschlagene Vorhaben ergänzt;*

*– die Frage, ob an den Vorhaben Betreiber aus anderen Mitgliedstaaten als nur denjenigen, in deren Hoheitsgebiet das Vorhaben sich befindet, beteiligt sind;*

*– bei Vorhaben, die unter die in Anhang II Nummer 1 Buchstabe e genannte Kategorie fallen, die Zahl der vom Vorhaben betroffenen Nutzer, der jährliche Energieverbrauch und der Anteil der Erzeugung aus nichtregelbaren Energiequellen in dem von diesen Nutzern erfassten Gebiet.*

Or. en

#### *Begründung*

*The proposal should incentivise the participation in projects of more than just the operators from 2 neighbouring countries with the aim of promoting cooperation, trust-building among players, and market integration, transferring know-how and experience to other regions. This can serve as an incentive for first movers, and help avoid the moral hazard of providing incentives exclusively to those who have taken longer to move towards the European objectives of increased interconnection and renewables. The central geographical location is an element that can artificially favour projects in such regions against projects located in peripheral regions; this element needs to be balanced.*

#### **Änderungsantrag 34 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Projektentwickler **führen** Vorhaben von gemeinsamem Interesse **nach einem** Durchführungsplan **durch**, der einen Zeitplan für Machbarkeits- und Auslegungsstudien, die Genehmigung durch die Regulierungsbehörden, den Bau und die Inbetriebnahme sowie den Genehmigungsplan gemäß Artikel 11 Absatz 3 **enthält**.  
Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilernetzbetreiber oder sonstige Betreiber betreiben Vorhaben von gemeinsamem Interesse in ihrem Gebiet.

*Geänderter Text*

1. Projektentwickler **entwerfen für** Vorhaben von gemeinsamem Interesse **einen** Durchführungsplan, der **von der Agentur zu genehmigen ist. Dieser Plan enthält** einen Zeitplan für Machbarkeits- und Auslegungsstudien, die Genehmigung durch die Regulierungsbehörden, den Bau und die Inbetriebnahme sowie den Genehmigungsplan gemäß Artikel 11 Absatz 3.  
Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilernetzbetreiber oder sonstige Betreiber betreiben Vorhaben von gemeinsamem Interesse in ihrem Gebiet **entweder unabhängig oder gemeinsam mit Betreibern aus anderen Mitgliedstaaten. Die Agentur berät die Gruppen auch in Bezug auf die Durchführbarkeit der regulatorischen Aspekte, vor allem in Bezug auf den Zeitplan für die Genehmigung durch die Regulierungsbehörden.**

Or. en

*Begründung*

*It is key that project promoters comply with the implementation plans in order to avoid delays. The proposal should incentivise the participation in projects of more than just the operators from 2 neighbouring countries with the aim of promoting cooperation, trust-building among players, and market integration, transferring know-how and experience to other regions. This can serve as an incentive for first movers, and help avoid the moral hazard of providing incentives exclusively to those who have taken longer to move towards the European objectives of increased interconnection and renewables. The plan should be subject to assessment by ACER.*

**Änderungsantrag 35**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Agentur und die Gruppen überwachen die bei der Durchführung der

*Geänderter Text*

2. Die Agentur und die Gruppen überwachen die bei der Durchführung der

Vorhaben von gemeinsamem Interesse erzielten Fortschritte. Die Gruppen können zusätzliche Informationen zu den gemäß den Absätzen 3, 4 und 5 bereitgestellten Informationen anfordern, die bereitgestellten Informationen vor Ort überprüfen und Sitzungen mit den relevanten Parteien einberufen. Die Gruppen können außerdem die Agentur ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu erleichtern.

Vorhaben von gemeinsamem Interesse erzielten Fortschritte. ***Hierzu berichten die nationalen Regulierungsbehörden und die Projektentwickler den einzelnen regionalen Gruppen über die erzielten Fortschritte.*** Die Gruppen können zusätzliche Informationen zu den Informationen gemäß den Absätzen 3, 4 und 5 anfordern, die Informationen vor Ort überprüfen und Sitzungen mit den relevanten Parteien einberufen. Die Gruppen können außerdem die Agentur ***oder die relevanten nationalen Regulierungsbehörden um die Veröffentlichung von Leitlinien ersuchen und die Projektentwickler anweisen, Maßnahmen zu treffen, mit denen die Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach Maßgabe des Durchführungsplans beschleunigt wird.***

Or. en

**Änderungsantrag 36**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) die Verzögerungen gegenüber dem Durchführungsplan und ***sonstige aufgetretene*** Schwierigkeiten, sofern relevant.

*Geänderter Text*

(b) die Verzögerungen gegenüber dem Durchführungsplan, ***deren Gründe und die Einzelheiten der sonstigen aufgetretenen*** Schwierigkeiten, sofern relevant.

Or. en

**Änderungsantrag 37**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die betroffenen zuständigen Behörden

*Geänderter Text*

5. Die betroffenen zuständigen Behörden

gemäß Artikel 9 erstatten jedes Jahr auf der Sitzung, die auf den Erhalt der Jahresberichte gemäß Absatz 3 folgt, der jeweiligen Gruppe Bericht über den Sachstand und gegebenenfalls über Verzögerungen bei der Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet.

gemäß Artikel 9 erstatten jedes Jahr auf der Sitzung, die auf den Erhalt der Jahresberichte gemäß Absatz 3 folgt, der jeweiligen Gruppe Bericht über den Sachstand und gegebenenfalls über Verzögerungen bei der Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet **und die Gründe für diese Verzögerungen.**

Or. en

**Änderungsantrag 38**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 6 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

6. Tritt bei der Inbetriebnahme eines Vorhabens von gemeinsamem Interesse **ohne hinreichende Begründung** eine Verzögerung von mehr als zwei Jahren gegenüber dem Durchführungsplan auf,

*Geänderter Text*

6. Tritt bei der Inbetriebnahme eines Vorhabens von gemeinsamem Interesse eine Verzögerung von mehr als zwei Jahren gegenüber dem Durchführungsplan auf, **die nicht auf zwingenden Gründen beruht, die sich dem Einfluss des Projektentwicklers entziehen,**

Or. en

**Änderungsantrag 39**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 6 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

(a) akzeptiert der Projektentwickler des betreffenden Vorhabens Investitionen von einem oder von mehreren anderen Betreibern oder Investoren für die Durchführung des Vorhabens. Der **Netzbetreiber**, in dessen Gebiet die Investition angesiedelt ist, stellt dem/den realisierenden Betreiber/n oder Investor/en alle für die Realisierung der Investition erforderlichen Informationen zur

*Geänderter Text*

(a) akzeptiert der Projektentwickler des betreffenden Vorhabens, **sobald die Verzögerung zwei Jahre beträgt, innerhalb von drei Monaten** Investitionen von einem oder von mehreren anderen Betreibern oder Investoren **als gemäß Artikel 2 Nummer 5** für die Durchführung des Vorhabens. Der **relevante Betreiber**, in dessen Gebiet die Investition angesiedelt ist, stellt dem/den realisierenden

Verfügung, verbindet neue Anlagen mit dem **Übertragungs-/Fernleitungsnetz** und bemüht sich nach besten Kräften, die Realisierung der Investition sowie Sicherheit, Zuverlässigkeit und Effizienz beim Betrieb und bei der Instandhaltung des Vorhabens von gemeinsamem Interesse zu erleichtern.

Betreiber/n oder Investor/en alle für die Realisierung der Investition erforderlichen Informationen zur Verfügung, verbindet neue Anlagen mit dem **Netz** und bemüht sich nach besten Kräften, die Realisierung der Investition sowie Sicherheit, Zuverlässigkeit und Effizienz beim Betrieb und bei der Instandhaltung des Vorhabens von gemeinsamem Interesse zu erleichtern.

Or. en

**Änderungsantrag 40**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 6 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) **kann** die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen **veröffentlichen**, die **jedem Projektentwickler** offensteht, um das Vorhaben nach einem vereinbarten Zeitplan zu bauen.

*Geänderter Text*

(b) **veröffentlicht** die Kommission, **falls der Projektentwickler seinen Verpflichtungen gemäß Buchstabe a nicht nachgekommen ist, innerhalb von zwei Monaten** eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die **allen Projektentwicklern im Sinne von Artikel 2 Nummer 5** offensteht, um das Vorhaben nach einem vereinbarten Zeitplan zu bauen.

Or. en

*Begründung*

*Vorhaben von gemeinsamem Interesse sind Vorhaben mit Priorität, bei denen bereits Verzögerungen von bis zu zwei Jahren toleriert werden. Längere Verzögerungen sind außer aus Gründen, die sich dem Einfluss des Projektentwicklers entziehen, nicht hinnehmbar. In dieser Hinsicht sollte klar sein, wofür der Projektentwickler zuständig ist und welche Fristen für weitere Maßnahmen der Kommission gelten. Die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ist eine wirksame Maßnahme, mit der sich Blockaden verhindern lassen und die Marktintegration gefördert werden kann.*

**Änderungsantrag 41**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 7 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Ein Vorhaben von gemeinsamem Interesse kann von der unionsweiten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach dem in **Artikel 3 Absatz 1 zweiter Satz** festgelegten Verfahren entfernt werden, wenn

*Geänderter Text*

***Solange die Baumaßnahmen noch nicht begonnen haben oder noch keine finanziellen Zusagen gegenüber Ausrüstungslieferanten getätigt wurden, kann ein Vorhaben von gemeinsamem Interesse von der unionsweiten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach dem in Artikel 3 Absatz 6a zweiter Satz festgelegten Verfahren entfernt werden, wenn***

Or. en

*Begründung*

*Vorhaben sollten, nachdem sie zu einem gewissen Maß gediehen sind, nicht mehr von der Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse gestrichen werden, damit keine Unsicherheiten für Investoren geschaffen werden.*

**Änderungsantrag 42**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 5 – Absatz 7 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

***(a) die von den ENTSOs gemäß Anhang III Punkt 6 durchgeführte energiesystemweite Kosten-Nutzen-Analyse für das Vorhaben nicht zu einem positiven Ergebnis führt;***

*Geänderter Text*

***(a) das Vorhaben nicht mehr im Zehnjahresnetzentwicklungsplan enthalten ist;***

Or. en

**Änderungsantrag 43**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 5 – Absatz 7 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

***(b) das Vorhaben nicht mehr im Zehnjahresnetzentwicklungsplan enthalten ist;***

*Geänderter Text*

***(b) die von den ENTSOs gemäß Anhang III Nummer 6 durchgeführte energiesystemweite Kosten-Nutzen-***

*Analyse für das Vorhaben nicht zu einem positiven Ergebnis führt;*

Or. en

**Änderungsantrag 44**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 7 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***7a. Die Projektentwickler ziehen in ihren Vorschlägen die Integration ihres Vorhabens in die operative Koordinierung der Netze gemäß Artikel 14a in Erwägung, damit die Interoperabilität des Infrastrukturnetzes überwacht werden kann.***

Or. en

**Änderungsantrag 45**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 5 – Absatz 7 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***7b. Sobald ein Vorhaben von gemeinsamem Interesse realisiert ist, überwacht die Agentur, ob es tatsächlich dazu beiträgt, die allgemeinen und spezifischen Kriterien zu erfüllen, die der Aufnahme in die Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse zugrundeliegen. Zu diesem Zweck hat die Agentur vollständigen Zugriff auf die Informationen gemäß Artikel 14a und ergänzt diese um die Informationen, über die sie bereits im Zuge der Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 verfügt.***

Or. en

**Änderungsantrag 46**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 6 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Treten bei einem als Vorhaben von gemeinsamem Interesse erhebliche Durchführungsschwierigkeiten auf, **kann** die Kommission für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, der zweimal verlängerbar ist, einen europäischen Koordinator **benennen**.

*Geänderter Text*

1. Treten bei einem als Vorhaben von gemeinsamem Interesse erhebliche Durchführungsschwierigkeiten auf, **benennt** die Kommission **im Einvernehmen mit den betroffenen Mitgliedstaaten** für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, der zweimal verlängerbar ist, einen europäischen Koordinator.

Or. en

**Änderungsantrag 47**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

**(da) Teilnahme an den Sitzungen der entsprechenden regionalen Gruppe und Berichterstattung darüber;**

Or. en

**Änderungsantrag 48**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 6 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die betroffenen Mitgliedstaaten arbeiten mit dem europäischen Koordinator bei der Wahrnehmung der in den Absätzen 2 und 4 genannten Aufgaben zusammen.

*Geänderter Text*

5. Die betroffenen Mitgliedstaaten arbeiten **in vollem Umfang** mit dem europäischen Koordinator bei der Wahrnehmung der in den Absätzen 2 und 4 genannten Aufgaben zusammen.

Or. en



**Änderungsantrag 49**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 8 – Absatz 4 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung erlässt die Kommission Leitfäden als Hilfestellung für die Mitgliedstaaten bei der Festlegung geeigneter Maßnahmen und zur Gewährleistung der kohärenten Anwendung der nach den EU-Rechtsvorschriften für Vorhaben von gemeinsamem Interesse erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen.

*Geänderter Text*

Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung erlässt die Kommission Leitfäden als Hilfestellung für die Mitgliedstaaten bei der Festlegung geeigneter Maßnahmen und zur Gewährleistung der kohärenten Anwendung der nach den EU-Rechtsvorschriften für Vorhaben von gemeinsamem Interesse erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen. **Die Kommission überwacht die Anwendung dieser Leitfäden in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Gruppen gemäß Artikel 11a Absatz 3.**

Or. en

**Änderungsantrag 50**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) Koordinierte Regelung: Die umfassende Entscheidungen kann mehrere rechtsverbindliche Einzelentscheidungen der zuständigen Behörde und anderer betroffener Behörden beinhalten. Die zuständige Behörde **setzt** im Einzelfall eine angemessene Frist **fest**, innerhalb der die Einzelentscheidungen erlassen werden müssen. Die zuständige Behörde kann eine Einzelentscheidung für eine andere betroffene nationale Behörde erlassen, wenn die Entscheidung dieser Behörde nicht fristgerecht erlassen wird und die Verzögerung nicht angemessen begründet werden kann. Die zuständige Behörde kann

*Geänderter Text*

(b) Koordinierte Regelung: Die umfassende Entscheidungen kann mehrere rechtsverbindliche Einzelentscheidungen der zuständigen Behörde und anderer betroffener Behörden beinhalten. Die zuständige Behörde **kann** im Einzelfall **eine Arbeitsgruppe einsetzen, in der alle betroffenen Behörden vertreten sind, um einen Plan für das Genehmigungsverfahren festzulegen und dessen Durchführung zu überwachen. In Bezug auf Artikel 11 Absatz 1 kann die zuständige Behörde** eine angemessene Frist **festsetzen**, innerhalb der die Einzelentscheidungen erlassen werden

die Einzelentscheidung einer anderen nationalen Behörde aufheben, wenn sie der Ansicht ist, dass die Entscheidung hinsichtlich der von der betroffenen Behörde vorgelegten zugrunde gelegten Erkenntnisse nicht hinreichend begründet ist. Die zuständige Behörde trägt dafür Sorge, dass die relevanten Anforderungen der internationalen Rechtsvorschriften und der Rechtsvorschriften der Union eingehalten werden, und muss ihre Entscheidung ordnungsgemäß begründen.

müssen. Die zuständige Behörde kann eine Einzelentscheidung für eine andere betroffene nationale Behörde erlassen, wenn die Entscheidung dieser Behörde nicht fristgerecht erlassen wird und die Verzögerung ***außer aus Gründen, die sich dem Einfluss der betroffenen nationalen Behörde entziehen***, nicht angemessen begründet werden kann. Die zuständige Behörde kann die Einzelentscheidung einer anderen nationalen Behörde aufheben, wenn sie der Ansicht ist, dass die Entscheidung hinsichtlich der von der betroffenen Behörde vorgelegten zugrunde gelegten Erkenntnisse nicht hinreichend begründet ist. Die zuständige Behörde trägt dafür Sorge, dass die relevanten Anforderungen der internationalen Rechtsvorschriften und der Rechtsvorschriften der Union eingehalten werden, und muss ihre Entscheidung ordnungsgemäß begründen.

Or. en

**Änderungsantrag 51**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 9 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Die Mitgliedstaaten ***bemühen sich***, dafür Sorge ***zu tragen***, dass Rechtsmittel gegen die materiellrechtliche oder verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit einer umfassenden Entscheidung so effizient wie möglich behandelt werden.

*Geänderter Text*

4. Die Mitgliedstaaten ***tragen*** dafür Sorge, dass Rechtsmittel gegen die materiellrechtliche oder verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit einer umfassenden Entscheidung so effizient wie möglich behandelt werden.

Or. en

**Änderungsantrag 52**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 10 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Vor der Einreichung der Antragsunterlagen bei der zuständigen Behörde nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a wird mindestens eine Konsultation der Öffentlichkeit durch den Projektentwickler oder, falls dies in den nationalen Rechtsvorschriften so festgelegt ist, von der zuständigen Behörde durchgeführt. Im Zuge der Konsultation der Öffentlichkeit werden die in Anhang VI Punkt 2 Buchstabe a genannten betroffenen Kreise frühzeitig über das Vorhaben informiert und werden der am besten geeignete Standort oder die am besten geeignete Trasse und die in den Antragsunterlagen zu behandelnden relevanten Themen festgestellt. Die Mindestmodalitäten dieser Konsultation der Öffentlichkeit sind in Anhang VI Punkt 4 angegeben. Ein Bericht mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Aktivitäten, die die Beteiligung der Öffentlichkeit vor der Einreichung der Antragsunterlagen betreffen, wird vom Projektentwickler erstellt und zusammen mit den Antragsunterlagen der zuständigen Behörde übermittelt, die diese Ergebnisse beim Erlass der umfassenden Entscheidung gebührend berücksichtigt.

*Geänderter Text*

4. Vor der Einreichung der Antragsunterlagen bei der zuständigen Behörde nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a wird mindestens eine Konsultation der Öffentlichkeit durch den Projektentwickler oder, falls dies in den nationalen Rechtsvorschriften so festgelegt ist, von der zuständigen Behörde durchgeführt. Im Zuge der Konsultation der Öffentlichkeit werden die in Anhang VI Punkt 2 Buchstabe a genannten betroffenen Kreise frühzeitig über das Vorhaben informiert und werden der am besten geeignete Standort oder die am besten geeignete Trasse und die in den Antragsunterlagen zu behandelnden relevanten Themen festgestellt. Die Mindestmodalitäten dieser Konsultation der Öffentlichkeit sind in Anhang VI Punkt 4 angegeben. Ein Bericht mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse der Aktivitäten, die die Beteiligung der Öffentlichkeit vor der Einreichung der Antragsunterlagen betreffen, wird vom Projektentwickler erstellt und zusammen mit den Antragsunterlagen der zuständigen Behörde übermittelt, die diese Ergebnisse beim Erlass der umfassenden Entscheidung gebührend berücksichtigt. ***Die zuständige Behörde überwacht die Konsultation der Öffentlichkeit.***

Or. en

**Änderungsantrag 53**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe a – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Zur Festlegung des Beginns des Genehmigungsverfahrens teilt der Projektentwickler bzw. teilen die

*Geänderter Text*

Zur Festlegung des Beginns des Genehmigungsverfahrens teilt der Projektentwickler bzw. teilen die

Projektentwickler der zuständigen Behörde des betroffenen Mitgliedstaats/der betroffenen Mitgliedstaaten das Vorhaben zusammen mit einer detaillierteren Projektbeschreibung schriftlich mit. Spätestens zwei Wochen nach Erhalt der Mitteilung akzeptiert die zuständige Behörde diese oder lehnt die Mitteilung in schriftlicher Form ab, wenn sie der Ansicht ist, dass das Vorhaben noch nicht reif für den Beginn des Genehmigungsverfahrens ist. Im Fall einer Ablehnung begründet die zuständige Behörde ihre Entscheidung. Das Datum der Unterschrift der Annahme der Mitteilung durch die zuständige Behörde markiert den Beginn des Genehmigungsverfahrens. Sind zwei oder mehr Mitgliedstaaten betroffen, markiert die Annahme der Mitteilung durch die letzte betroffene zuständige Behörde den Beginn des Genehmigungsverfahrens.

Projektentwickler der zuständigen Behörde des betroffenen Mitgliedstaats/der betroffenen Mitgliedstaaten das Vorhaben zusammen mit einer detaillierteren Projektbeschreibung schriftlich mit. Spätestens zwei Wochen nach Erhalt der Mitteilung akzeptiert die zuständige Behörde diese oder lehnt die Mitteilung in schriftlicher Form ab, wenn sie der Ansicht ist, dass das Vorhaben noch nicht reif für den Beginn des Genehmigungsverfahrens ist. Im Fall einer Ablehnung begründet die zuständige Behörde ihre Entscheidung **und teilt dem Antragsteller im Einzelnen mit, welche Informationen aus welcher Quelle und mit welchen Merkmalen zusätzlich benötigt werden.** Das Datum der Unterschrift der Annahme der Mitteilung durch die zuständige Behörde markiert den Beginn des Genehmigungsverfahrens. Sind zwei oder mehr Mitgliedstaaten betroffen, markiert die Annahme der Mitteilung durch die letzte betroffene zuständige Behörde den Beginn des Genehmigungsverfahrens. **Die Mitgliedstaaten können eine kürzere Frist festsetzen, wenn dies zweckmäßig ist.**

Or. en

**Änderungsantrag 54**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) Das formale Genehmigungsverfahren, das sich auf den Zeitraum **von** der Annahme der eingereichten Antragsunterlagen bis zum Erlass einer umfassenden Entscheidung durch die zuständige Behörde erstreckt, dauert maximal ein Jahr. Die Mitgliedstaaten können eine kürzere Frist festsetzen, wenn **sie dies für** zweckmäßig **erachten.**

*Geänderter Text*

(b) Das formale Genehmigungsverfahren, das sich auf den Zeitraum **ab dem Datum** der Annahme der eingereichten Antragsunterlagen bis zum Erlass einer umfassenden Entscheidung durch die zuständige Behörde erstreckt, dauert maximal ein Jahr. Die Mitgliedstaaten können eine kürzere Frist festsetzen, wenn dies zweckmäßig **ist.**

**Änderungsantrag 55**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 11 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

6. Falls die Frist für die umfassende Entscheidung abgelaufen ist, legt die zuständige Behörde der zuständigen Gruppe die Maßnahmen vor, die getroffen wurden oder zu treffen sind, damit das Genehmigungsverfahren mit der geringstmöglichen Verzögerung zum Abschluss gebracht wird. Die Gruppe kann die zuständige Behörde ersuchen, regelmäßig über die diesbezüglich erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.

*Geänderter Text*

6. Falls die Frist für die umfassende Entscheidung abgelaufen ist, legt die zuständige Behörde ***oder, wenn Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b Anwendung findet, die zuständige Behörde gemeinsam mit den betroffenen Behörden*** der zuständigen Gruppe ***innerhalb eines Monats nach Ablauf der Frist eine stichhaltige Begründung für die Verzögerung und*** die Maßnahmen vor, die getroffen wurden oder zu treffen sind, damit das Genehmigungsverfahren mit der geringstmöglichen Verzögerung zum Abschluss gebracht wird. Die Gruppe kann die zuständige Behörde ersuchen, regelmäßig über die diesbezüglich erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.

**Änderungsantrag 56**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 11 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Artikel 11a***

***Überwachung des Vorrangstatus von Vorhaben von gemeinsamem Interesse und des Genehmigungsverfahrens***

***1. Die zuständige Behörde und die betroffenen nationalen Behörden berichten auf den Sitzungen der Gruppe über den Stand der Genehmigungsverfahren für Vorhaben***

*von gemeinsamem Interesse.*

***2. Die Kommission führt eine Auszeichnung ein, deren Vergabe sie organisiert und bekanntmacht und die einer begrenzten Anzahl von zuständigen Behörden und ihren Mitarbeitern verliehen wird, um deren vorbildliche Leistungen zu würdigen, die im Rahmen von Genehmigungsverfahren im Hinblick auf die Beteiligung der betroffenen Kreise, die Nutzung innovativer Methoden und die Gesamteffizienz erbracht wurden. Für den Preis kommen auch von den Mitgliedstaaten eingerichtete innerstaatliche und länderübergreifende Mechanismen für den Austausch bewährter Verfahren und den Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Bereich Genehmigungsverfahren für Energieinfrastrukturvorhaben in Betracht.***

***3. Die Mitgliedstaaten berichten der Kommission und den regionalen Gruppen innerhalb von zehn Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über die nach Artikel 8 Absätze 3 und 4, Artikel 9 Absätze 1, 2 Buchstabe b, 3 und 4 sowie Artikel 10 Absatz 1 getroffenen Maßnahmen. Die Kommission überwacht die erzielten Fortschritte und setzt die Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Monaten gegebenenfalls davon in Kenntnis, ob Abhilfemaßnahmen getroffen werden müssen.***

***4. Wenn die Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen nicht innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Mitteilung der Kommission gemäß Absatz 3 treffen oder die zuständige Behörde und die betroffenen Behörden gemäß Artikel 9 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe b nicht innerhalb von zwei Monaten den Berichterstattungspflichten nach Artikel 11 Absatz 6 und Artikel 11a Absätze 1 und 3 nachkommen, kann die Kommission gemäß Absatz 5 Sanktionen***

*gegen diese Mitgliedstaaten verhängen.*

**5. Die Kommission kann gemäß Absatz 4 die in Artikel 15 vorgesehene finanzielle Unterstützung der Union für Vorhaben, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats durchgeführt werden, einbehalten.**

Or. en

### *Begründung*

*Es wurde festgestellt, dass Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren ein bedeutendes Hindernis für die Realisierung länderübergreifender Infrastrukturvorhaben darstellen, deren Dauer im Durchschnitt zwölf Jahre beträgt. Da die Durchsetzung der Frist von drei Jahren nachteilige Auswirkungen auf die Genehmigungsverfahren haben kann, sind andere positive und negative Anreize erforderlich, um gegen diese wichtige Ursache von Verzögerungen und Blockaden vorzugehen. Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass die administrativen und organisatorischen Bedingungen dieser Verordnung eingehalten werden, damit das Genehmigungsverfahren zügiger abläuft und die innerstaatlichen Ressourcen effizienter und wirkungsvoller genutzt werden.*

### **Änderungsantrag 57 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Innerhalb von **einem Monat** nach Inkrafttreten dieser Verordnung übermitteln der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas der Agentur und der Kommission für Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in Anhang II Punkt 1 Buchstaben a bis d und Punkt 2 genannten Kategorien fallen, ihre jeweilige Methode, auch für die Netz- und Marktmodellierung, für eine harmonisierte energiesystemweite Kosten-Nutzen-Analyse auf Unionsebene. Die Methode wird gemäß den in Anhang V festgelegten Grundsätzen entwickelt.

#### *Geänderter Text*

1. Innerhalb von **drei Monaten** nach Inkrafttreten dieser Verordnung übermitteln der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas der Agentur und der Kommission für Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in Anhang II Punkt 1 Buchstaben a bis d und Punkt 2 genannten Kategorien fallen, ihre jeweilige Methode, auch für die Netz- und Marktmodellierung, für eine harmonisierte energiesystemweite Kosten-Nutzen-Analyse auf Unionsebene. Die Methode wird gemäß den in **Artikel 4 Absatz 2, Anhang IV und** Anhang V festgelegten Grundsätzen **und Kriterien** entwickelt. **Das ENTSO-Strom und das ENTSO-Gas konsultieren die relevanten betroffenen Kreise, darunter auch die Infrastrukturnutzer und die**

*Projektentwickler, die keine Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetze betreiben, frühzeitig während der Ausarbeitung der Methode.*

Or. en

**Änderungsantrag 58**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 12 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Innerhalb **von drei Monaten** nach Erhalt der Stellungnahme der Agentur nimmt die Kommission zu der Methode Stellung.

*Geänderter Text*

3. Innerhalb **eines Monats** nach Erhalt der Stellungnahme der Agentur nimmt die Kommission zu der Methode Stellung.

Or. en

**Änderungsantrag 59**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 12 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Innerhalb von **drei Monaten** nach Erhalt der Stellungnahme der Kommission passen der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas ihre Methode entsprechend an und übermitteln sie der Kommission zur Genehmigung.

*Geänderter Text*

4. Innerhalb von **zwei Monaten** nach Erhalt der Stellungnahme der Kommission passen der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas ihre Methode entsprechend an und übermitteln sie der Kommission zur Genehmigung.

Or. en

**Änderungsantrag 60**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 12 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

7. Die Methode wird auf die Kosten-Nutzen-Analyse im Rahmen aller späteren

*Geänderter Text*

7. Die Methode wird auf die Kosten-Nutzen-Analyse im Rahmen aller späteren



Zehnjahresnetzentwicklungspläne für Strom oder für Gas angewendet, die von dem ENTSO-Strom oder dem ENTSO-Gas nach Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 erstellt werden.

Zehnjahresnetzentwicklungspläne für Strom oder für Gas angewendet, die von dem ENTSO-Strom oder dem ENTSO-Gas nach Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 erstellt werden. ***Spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung wird vom ENTSO-Gas und vom ENTSO-Strom die Methode für die Kosten-Nutzen-Analyse ausgearbeitet, die in der ersten Runde der Auswahl von Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung und für eine Übergangsfrist von einem Jahr gelten soll. Die Ausarbeitung dieser Methode erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Agentur und der Kommission. Die Kommission genehmigt die Methode innerhalb der in diesem Absatz festgelegten Frist. Die Methode wird anschließend im Einklang mit diesem Artikel aktualisiert.***

Or. en

**Änderungsantrag 61**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Investitionskosten im Zusammenhang mit einem Vorhaben von gemeinsamem Interesse, das unter die in Anhang II **Punkt 1 Buchstaben a bis d** und **Punkt 2** genannten Kategorien fällt, werden von dem/den Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber(n) des Mitgliedstaats/der Mitgliedstaaten getragen, für den/die das Vorhaben eine positive Nettoauswirkung hat, und werden durch die Netzzugangsentgelte von den Netznutzern gezahlt.

*Geänderter Text*

Die Investitionskosten im Zusammenhang mit einem Vorhaben von gemeinsamem Interesse, das unter die in Anhang II **Nummer 1 Buchstaben a, b und d** und **Nummer 2** genannten Kategorien fällt, werden von dem/den Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber(n) **bzw. dem/den Speichernetzbetreiber(n)** des Mitgliedstaats/der Mitgliedstaaten getragen, für den/die das Vorhaben eine positive Nettoauswirkung hat, und werden durch die Netzzugangsentgelte von den Netznutzern gezahlt.

Or. en

*Begründung*

*Die Speicherung von Strom ist liberalisiert, aber über die Regulierung der unterirdischen Speicherung von Erdgas wurde noch nicht entschieden.*

**Änderungsantrag 62**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Die nationalen Regulierungsbehörden legen in Zusammenarbeit mit der Agentur eine Reihe geeigneter Indikatoren für einen Vergleich der Investitionskosten pro Einheit bei den einzelnen Projektentwicklern in allen Mitgliedstaaten fest; in Zusammenarbeit mit der Agentur und den nationalen Regulierungsbehörden wird ein Vergleich der Investitionskosten durchgeführt, sofern die Agentur dies als notwendig erachtet.***

Or. en

**Änderungsantrag 63**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 2 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2b. Die nationalen Regulierungsbehörden und die Agentur setzen die Kommission von einem erheblichen Anstieg der Investitionskosten in Kenntnis. Anhand dieser Informationen kann die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen, die jedem Projektentwickler offensteht, um das Vorhaben zu bauen.***

Or. en

**Änderungsantrag 64**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Der/die Entwickler eines Vorhabens von gemeinsamem Interesse, das unter die in Anhang II **Punkt 1 Buchstaben a bis d** und **Punkt 2** genannten Kategorien fällt, hält/halten alle betroffenen nationalen Regulierungsbehörden regelmäßig über die Fortschritte dieses Vorhabens sowie über die mit ihm verbundenen ermittelten Kosten und Auswirkungen auf dem Laufenden. Sobald ein Vorhaben **von gemeinsamem Interesse, das nach Artikel 3 ausgewählt wurde und unter die in Anhang II Punkt 1 Buchstaben a bis d und Punkt 2 genannten Kategorien fällt**, ausreichend ausgereift ist, übermittelt der Projektentwickler den relevanten nationalen Regulierungsbehörden einen Investitionsantrag, einschließlich einer grenzüberschreitenden Kostenaufteilung, zusammen mit Folgendem:

*Geänderter Text*

Der/die Entwickler eines Vorhabens von gemeinsamem Interesse, das unter die in Anhang II **Nummer 1 Buchstaben a, b und d** und **Nummer 2** genannten Kategorien fällt, hält/halten alle betroffenen nationalen Regulierungsbehörden regelmäßig über die Fortschritte dieses Vorhabens sowie über die mit ihm verbundenen ermittelten Kosten und Auswirkungen auf dem Laufenden. Sobald ein Vorhaben ausreichend ausgereift ist, übermittelt der Projektentwickler den relevanten nationalen Regulierungsbehörden einen Investitionsantrag, einschließlich einer grenzüberschreitenden Kostenaufteilung, zusammen mit Folgendem:

Or. en

**Änderungsantrag 65**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) einem Geschäftsplan, in dem die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens, einschließlich der gewählten Finanzierungslösung, und bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in **Anhang I Punkt 2** genannte Kategorie fallen, die Ergebnisse der Marktprüfung bewertet werden.

*Geänderter Text*

(b) einem Geschäftsplan, in dem die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens, einschließlich der gewählten Finanzierungslösung, und bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in **Anhang II Nummer 2** genannte Kategorie fallen, die Ergebnisse der Marktprüfung bewertet werden.

**Änderungsantrag 66**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 4 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Vorhaben, die auf der ersten unionsweiten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse stehen, reichen die Projektentwickler **den Antrag bis zum 30. September 2013** ein.

*Geänderter Text*

Bei Vorhaben, die auf der ersten unionsweiten Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse stehen, reichen die Projektentwickler **die Anträge spätestens zwei Monate nach Verabschiedung der ersten Liste** ein.

**Änderungsantrag 67**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des letzten Antrags bei der letzten betroffenen nationalen Regulierungsbehörde treffen die nationalen Regulierungsbehörden nach Konsultation des/der betroffenen Projektentwickler/s eine gemeinsame Entscheidung über die Aufteilung der von jedem Netzbetreiber für das jeweilige Vorhaben zu tragenden Investitionskosten sowie über ihre Einbeziehung in die Netztarife. Die nationalen Regulierungsbehörden können beschließen, nur einen Teil der Kosten aufzuteilen oder die Kosten auf ein Paket mehrerer Vorhaben von gemeinsamem Interesse aufzuteilen.

*Geänderter Text*

Innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des letzten Antrags bei der letzten betroffenen nationalen Regulierungsbehörde treffen die nationalen Regulierungsbehörden nach Konsultation des/der betroffenen Projektentwickler/s eine gemeinsame Entscheidung über die Aufteilung der von jedem Netzbetreiber für das jeweilige Vorhaben zu tragenden Investitionskosten sowie über ihre Einbeziehung in die Netztarife. Die nationalen Regulierungsbehörden können beschließen, nur einen Teil der Kosten aufzuteilen, **sofern diese nicht Gegenstand eines Entgelts für die betreffende Infrastruktur sind**, oder die Kosten auf ein Paket mehrerer Vorhaben von gemeinsamem Interesse aufzuteilen.

**Änderungsantrag 68**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 5 – Unterabsatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kostenaufteilungsentscheidung wird veröffentlicht.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 69**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 13 – Absatz 6 – Unterabsatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kostenaufteilungsentscheidung wird veröffentlicht.

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

**Änderungsantrag 70**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 14 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. **Bei der** Entscheidung der nationalen Regulierungsbehörden, solche Anreize zu gewähren, **werden die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse** auf der Grundlage der nach Artikel 12 entwickelten Methode und insbesondere die regionalen oder unionsweiten positiven externen Effekte, die das Vorhaben hervorbringt, **berücksichtigt**. Die nationalen Regulierungsbehörden analysieren außerdem die von dem/den Projektentwickler/n eingegangenen spezifischen Risiken, die getroffenen Risikoverminderungsmaßnahmen und die

*Geänderter Text*

2. **Die** Entscheidung der nationalen Regulierungsbehörden, solche Anreize zu gewähren, **enthält eine Bewertung der Kosten-Nutzen-Analyse und deren Ergebnisse** auf der Grundlage der nach Artikel 12 entwickelten Methode und insbesondere die regionalen oder unionsweiten positiven externen Effekte, die das Vorhaben hervorbringt. Die nationalen Regulierungsbehörden analysieren außerdem die von dem/den Projektentwickler/n eingegangenen spezifischen Risiken, die getroffenen Risikoverminderungsmaßnahmen und die

Begründung dieses Risikoprofils im Hinblick auf die positive Nettoauswirkung des Vorhabens im Vergleich zu einer risikoärmeren Alternative. Zu den zulässigen Risiken gehören insbesondere Risiken im Zusammenhang mit neuen Übertragungs-/Fernleitungstechnologien sowohl an Land als auch im Meer, Risiken im Zusammenhang mit der Kostenunterdeckung und Entwicklungsrisiken.

Begründung dieses Risikoprofils im Hinblick auf die positive Nettoauswirkung des Vorhabens im Vergleich zu einer risikoärmeren Alternative. Zu den zulässigen Risiken gehören insbesondere Risiken im Zusammenhang mit neuen Übertragungs-/Fernleitungstechnologien sowohl an Land als auch im Meer, Risiken im Zusammenhang mit der Kostenunterdeckung und Entwicklungsrisiken.

Or. en

### *Begründung*

*Die nationalen Regulierungsbehörden müssen die Kosten-Nutzen-Analyse des Projektentwicklers unabhängig prüfen.*

### **Änderungsantrag 71 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5**

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Bis zum 31. Juli 2013 veröffentlicht jede nationale Regulierungsbehörde ihre Methode und die Kriterien, die für die Bewertung von Investitionen in **Stromübertragungs- und Gasfernleitungsvorhaben** und der bei ihnen eingegangenen höheren Risiken verwendet werden.

#### *Geänderter Text*

5. Bis zum 31. Juli 2013 veröffentlicht jede nationale Regulierungsbehörde ihre Methode und die Kriterien, die für die Bewertung von Investitionen in **Strom- und Gasinfrastrukturvorhaben**, der bei ihnen eingegangenen höheren Risiken **und der gemäß Absatz 1 gewährten angemessenen Anreize** verwendet werden.

Or. en

### **Änderungsantrag 72 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 a (neu)**

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

### **Article 14a Operative Koordinierung**

**1. Um das zuverlässige und effiziente Funktionieren der Energieinfrastruktur der Union sicherzustellen, übermitteln der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas der Agentur und der Kommission binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung ihre Vorschläge zur Konzipierung und Durchführung einer angemessenen operativen Koordinierung der europäischen Energieinfrastruktur in Echtzeit.**

**2. Diese Vorschläge umfassen:**

**a) vollständige funktionsbezogene Spezifikationen mit genauer Angabe der Informationen, die bei allen verbundenen Übertragungs-Fernleitungsnetzbetreibern der einzelnen Verbundgebiete gesammelt und von ihnen gemeinsam genutzt werden;**

**b) Steuerungsmodelle einschließlich auf das Eigentum bezogener Modelle;**

**c) Durchführungszeitpläne.**

**3. Die Agentur veröffentlicht binnen drei Monaten ab dem Eingang der Vorschläge eine begründete Stellungnahme zu den Vorschlägen.**

**4. Die Kommission beauftragt binnen drei Monaten ab dem Eingang der Stellungnahme der Agentur den ENTSO-Strom und den ENTSO-Gas, die jeweilige operative Koordinierung einzuleiten.**

**5. Die betriebsbezogenen Informationen nach Artikel 2a werden allen verbundenen Netzbetreibern und der Agentur in Echtzeit zur Verfügung gestellt. Jeder Netzbetreiber legt eine Kontaktstelle fest, die Anfragen der Agentur oder anderer Netzbetreiber nach solchen Informationen zu beantworten hat.**

Or. en

## *Begründung*

*Wegen der stetig zunehmenden Komplexität und Interdependenz der Netze wird die operative Koordinierung der Netze auf europäischer Ebene notwendig, in deren Rahmen Echtzeit-Informationen über länderübergreifenden Austausch von Strom und Erdgas und die dabei entstehenden Kosten erfasst werden, damit die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Netzbetreiber über nützliche Daten verfügen, die sie zum sicheren und erfolgreichen Betrieb und zur künftigen Planung von Netzinfrastrukturen benötigen.*

### **Änderungsantrag 73** **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 15 – Absatz 2 – Einleitung**

#### *Vorschlag der Kommission*

**2. Mit Ausnahme von Pumpspeicherkraftwerksprojekten** **kommen** Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in Anhang II Punkt 1 Buchstaben a bis d und Punkt 2 genannten Kategorien fallen, auch für eine finanzielle Unterstützung der Union in Form von Finanzhilfen für Arbeiten gemäß den Bestimmungen der [Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“] in Betracht, wenn sie nach dem Verfahren in Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe b durchgeführt werden oder die folgenden Kriterien erfüllen:

#### *Geänderter Text*

2. Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die unter die in Anhang II Punkt 1 Buchstaben a bis d und Punkt 2 genannten Kategorien fallen, **kommen** auch für eine finanzielle Unterstützung der Union in Form von Finanzhilfen für Arbeiten gemäß den Bestimmungen der [Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“] in Betracht, wenn sie nach dem Verfahren in Artikel 5 Absatz 6 Buchstabe b durchgeführt werden oder die folgenden Kriterien erfüllen:

Or. en

### **Änderungsantrag 74** **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe b**

#### *Vorschlag der Kommission*

(b) das Vorhaben ist nach dem Geschäftsplan und anderen, insbesondere von potenziellen Investoren oder Gläubigern durchgeführten Bewertungen kommerziell nicht tragfähig. Die Entscheidung über Anreize und ihre

#### *Geänderter Text*

(b) das Vorhaben ist nach dem Geschäftsplan und anderen, insbesondere von potenziellen Investoren oder Gläubigern durchgeführten Bewertungen kommerziell nicht tragfähig:



Begründung gemäß Artikel 14 Absatz 3  
werden bei der Bewertung der  
kommerziellen Tragfähigkeit des  
Vorhabens berücksichtigt sowie

Die Entscheidung über Anreize und ihre  
Begründung gemäß Artikel 14 Absatz 3  
werden bei der Bewertung der  
kommerziellen Tragfähigkeit des  
Vorhabens berücksichtigt;  
***im Fall von Pumpspeicherkraftwerken ist  
das Fehlen der kommerziellen  
Tragfähigkeit unter Berücksichtigung  
einer umfassenden Bewertung sämtlicher  
Einnahmenströme nach  
unterschiedlichen Geschäftsplan-  
Szenarien, in denen unterschiedliche  
geltende Regelungen durchgespielt  
werden, zu begutachten.***

Or. en

#### *Begründung*

*Es gibt keinen Grund, die Infrastruktur für Pumpspeicherkraftwerke gegenüber der für die Gasspeicherung zu diskriminieren, denn solche Infrastrukturen können für den Ausgleich über Grenzen hinweg wichtig sein. Bei der Begutachtung der kommerziellen Tragfähigkeit dieser Kategorie von Infrastrukturen sollte man jedenfalls sämtliche denkbaren direkten und indirekten Einnahmewege berücksichtigen – etwa diejenigen, die sich aus der Optimierung eines breiteren Fächers an Energieinfrastrukturen ergeben – und zudem die jeweilige rechtliche Regelung. Nur Infrastrukturen, die nicht kommerziell tragfähig sind, dürfen finanziell gefördert werden.*

#### **Änderungsantrag 75 Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3a. Vorhaben, die in die in Anhang IV  
Nummern 1 und 2 genannten Kategorien  
fallen, kommen nur dann für die  
finanzielle Unterstützung durch die  
Union im Sinn von Artikel 15 Absätze 1  
bis 3 in Betracht, wenn die jeweiligen  
Betreiber die geltenden  
Rechtsvorschriften der Union über den  
Strom- und Erdgasbinnenmarkt, nämlich***

**die Richtlinien 2009/72/EG und  
2009/73/EG, einhalten.**

Or. en

*Begründung*

*Marktintegration und Wettbewerb haben wesentliche Bedeutung für die Verwirklichung der energiepolitischen Ziele der EU, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Trotzdem haben bestimmte Mitgliedstaaten noch nicht das zweite und das dritte EU-Energiepaket umgesetzt, was für die Schaffung eines gemeinsamen EU-Energiemarkts nötig wäre. Die betroffenen Projektentwickler sollten deshalb nicht für EU-Fördermittel in Betracht kommen.*

**Änderungsantrag 76  
Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 15 – Absatz 3 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3b. Die Wahrnehmung der Funktionen  
der operativen Koordinierung im Sinn des  
Artikels 14a kommt für eine finanzielle  
Unterstützung der Union in Betracht.***

Or. en

**Änderungsantrag 77  
Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 16 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***– des Vergleichs der geltenden  
einzelstaatlichen Rechtsrahmen und ihres  
Bezugs zu der Wirksamkeit des gesamten  
Genehmigungsverfahrens sowie der  
Auswirkungen einer Ausdehnung der  
bisherigen Bestimmung auf  
Energieinfrastrukturvorhaben der  
nationalen Ebene;***

Or. en

**Änderungsantrag 78**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 16 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 2 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– der Ermittlung bewährter, innovativer Praxis bezüglich der Beteiligung von Interessenträgern und der Milderung der Umweltauswirkungen im Zuge von Genehmigungsverfahren;**

Or. en

**Änderungsantrag 79**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 16 – Absatz 1 – Buchstabe e – Spiegelstrich 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Wenn der Bericht über die Durchführung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu dem Ergebnis kommt, dass die Fortschritte nicht zur Erfüllung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele der EU ausreichen, sollte die Kommission bis zum 30. Juni 2018 eine Neufassung dieser Verordnung vorschlagen oder gegebenenfalls einen Legislativvorschlag vorlegen, mit dem den aufgezeigten Herausforderungen begegnet wird.**

Or. en

**Änderungsantrag 80**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Kommission richtet eine für die *breite* Öffentlichkeit leicht zugängliche Infrastruktur-Transparenzplattform ein.

**1.** Die Kommission richtet eine für die Öffentlichkeit leicht zugängliche Infrastruktur-Transparenzplattform ein.

Diese Plattform enthält die folgenden Informationen:

Diese Plattform enthält die folgenden Informationen:

Or. en

**Änderungsantrag 81**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 17 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission betreibt binnen 12 Monaten ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung eine auf die Öffentlichkeit des Landes und des jeweiligen Gebiets ausgerichtete Kampagne zur Information über die Energienetze.***

Or. en

**Änderungsantrag 82**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Nummer 1 – Punkt 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(2) Nord-Süd-Stromverbindungsleitungen in Westeuropa („NSI West Electricity“): Verbindungsleitungen zwischen Mitgliedstaaten *der Region* und Drittländern im Mittelmeerraum, insbesondere um Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu integrieren.

(2) Nord-Süd-Stromverbindungsleitungen in Westeuropa („NSI West Electricity“): ***Binnenleitungen und*** Verbindungsleitungen zwischen Mitgliedstaaten ***dieses Raums, und zwar zwischen der Iberischen Halbinsel und Frankreich mit weiterreichender Anbindung an Mitteleuropa zur Ergänzung des Binnenmarkts und zur Integration von Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen, und Leitungen zur Verbindung mit*** Drittländern im Mittelmeerraum, insbesondere um Strom aus erneuerbaren Energiequellen ***und seinen Transport zu Verbrauchsschwerpunkten und Speichereinrichtungen*** zu integrieren.

**Änderungsantrag 83**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Nummer 5 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Nord-Süd-Gasverbindungsleitungen in Westeuropa („NSI West Gas“):  
**Verbindungskapazitäten** für Nord-Süd-Gaslastflüsse in Westeuropa zur weiteren Diversifizierung der Versorgungswege und zur Steigerung der kurzfristig lieferbaren Gasmengen.

*Geänderter Text*

(5) Nord-Süd-Gasverbindungsleitungen in Westeuropa („NSI West Gas“):  
**Gasinfrastruktur** für **bidirektionale** Nord-Süd-Gaslastflüsse in Westeuropa zur weiteren Diversifizierung **der externen Versorgungsquellen und** der Versorgungswege, **zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von Mitteleuropa**, zur Steigerung der kurzfristig lieferbaren Gasmengen **und zur Optimierung der bestehenden Infrastruktur für Flüssiggasterminals und -speicher**.

*Begründung*

*Die Atlantikküste und die Iberische Halbinsel sind wesentliche Gebiete für die Diversifizierung der Erdgasquellen in Europa, bei denen es gegenwärtig eine hohe Abhängigkeit von wenigen Lieferstaaten gibt. Hierdurch kann ein unschätzbarer Beitrag zu den Zielen der EU-Politik für Energieversorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit geleistet werden. Durch Ausnutzung der vorhandenen Infrastrukturen kann eine kostengünstigere Option für die Lieferstrecken geschaffen und eine relative schnelle Verwirklichung möglich gemacht werden.*

**Änderungsantrag 84**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Nummer 12 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(12) Grenzüberschreitendes CO<sub>2</sub>-Netz:  
Entwicklung einer Infrastruktur für den Transport von CO<sub>2</sub> zwischen den Mitgliedstaaten und benachbarten Drittländern im Hinblick auf die Realisierung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -

*Geänderter Text*

(12) Grenzüberschreitendes CO<sub>2</sub>-Netz:  
Entwicklung einer Infrastruktur für den Transport von CO<sub>2</sub> zwischen den Mitgliedstaaten und benachbarten Drittländern **und für die dauerhafte Speicherung in geologischen Lagerstätten**

Speicherung.

im Hinblick auf die Realisierung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung.

Or. en

**Änderungsantrag 85**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Nummer 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

(e) jede Ausrüstung oder Anlage sowohl auf der Übertragungs- als auch auf der **Mittelspannungsverteilerebene**, die auf eine bidirektionale digitale Kommunikation in Echtzeit oder echtzeitnah und auf eine interaktive, intelligente Überwachung und Steuerung von Stromerzeugung, -übertragung, -verteilung und -verbrauch innerhalb eines Stromnetzes abzielt, um ein Netz zu entwickeln, das auf effiziente Weise das Verhalten und die Handlungen aller daran angeschlossenen Nutzer - Erzeuger, Verbraucher und Akteure, die sowohl Erzeuger als auch Verbraucher sind - integriert, damit ein wirtschaftlich effizientes, nachhaltiges Stromnetz mit geringen Verlusten, hoher Qualität, großer Versorgungssicherheit und hoher technischer Sicherheit gewährleistet wird;

*Geänderter Text*

(e) jede Ausrüstung oder Anlage sowohl auf der Übertragungs- als auch auf der **Verteilerebene**, die auf eine bidirektionale digitale Kommunikation in Echtzeit oder echtzeitnah und auf eine interaktive, intelligente Überwachung und Steuerung von Stromerzeugung, -übertragung, -verteilung und -verbrauch innerhalb eines Stromnetzes abzielt, um ein Netz zu entwickeln, das auf effiziente Weise das Verhalten und die Handlungen aller daran angeschlossenen Nutzer - Erzeuger, Verbraucher und Akteure, die sowohl Erzeuger als auch Verbraucher sind - integriert, damit ein wirtschaftlich effizientes, nachhaltiges Stromnetz mit geringen Verlusten, hoher Qualität, großer Versorgungssicherheit und hoher technischer Sicherheit gewährleistet wird;

Or. en

*Begründung*

*Steht in Einklang mit der vorgeschlagenen Änderungen zu Anhang IV Nummer 1 Buchstabe e. Das Potenzial intelligenter Netze muss auf Netze mit geringer Spannung ausgedehnt werden, bei denen die Einführung derzeit die größten Vorteile bringt und an die die meisten Verbraucher und kleinen Stromerzeugungsanlagen angeschlossen sind.*

**Änderungsantrag 86**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Nummer 4 – Buchstabe c a (neu)**

***(ca) Einrichtungen zur dauerhaften Speicherung von CO<sub>2</sub> in geologischen Lagerstätten mit Verbindungen zu den genannten Rohrleitungen, durch die mindestens zwei Mitgliedstaaten angeschlossen werden.***

Or. en

### **Änderungsantrag 87**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang III – Nummer 1 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Bei Stromvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 1 genannten Kategorien fallen, setzt sich jede Gruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der nationalen Regulierungsbehörden, der Übertragungsnetzbetreiber, die ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2009/72/EG und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 nachkommen, **und** der von jeder der in Anhang I genannten relevanten Prioritäten betroffenen Projektentwickler sowie der Kommission, der Agentur und des ENTSO-Strom zusammen.

(1) Bei Stromvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 1 genannten Kategorien fallen, setzt sich jede Gruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der nationalen Regulierungsbehörden, der Übertragungsnetzbetreiber, die ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2009/72/EG und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 nachkommen, der von jeder der in Anhang I genannten relevanten Prioritäten betroffenen Projektentwickler, **die ein Projekt eingereicht haben, das ausgewählt werden könnte, der Organisationen der Erzeuger und der Verteilernetzbetreiber** sowie der Kommission, der Agentur und des ENTSO-Strom zusammen.

Or. en

#### *Begründung*

*Projektentwickler, die nicht Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber sind, sollten über ihre Verbände in den Regionalgruppen vertreten sein; es handelt sich häufig um Projektentwickler, und sie betreiben Infrastrukturen, die für das gute Funktionieren des Energiebinnenmarkts und der Übertragungsnetze wesentlich sind. Trotzdem war ihre Vertretung im Zehnjahres-Netzausbauplan nicht immer sichergestellt. Die Mitwirkung*

*nationaler Regierungsbehörden darf nicht deren Zuständigkeiten und Verpflichtungen auf Grund dieses Vorschlags und anderer einschlägiger EU-Rechtsvorschriften (z.B. im Zusammenhang mit Tariffestlegung) beeinträchtigen.*

## **Änderungsantrag 88**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang III – Nummer 1 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Bei Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, setzt sich jede Gruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der nationalen Regulierungsbehörden, der Fernleitungsnetzbetreiber, die ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2009/73/EG und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 nachkommen, und der von jeder der in Anhang I genannten relevanten Prioritäten betroffenen Projektentwickler sowie der Kommission, der Agentur und des ENTSO-Gas zusammen.

##### *Geänderter Text*

Bei Gasvorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, setzt sich jede Gruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der nationalen Regulierungsbehörden, der Fernleitungsnetzbetreiber, die ihrer Pflicht zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2009/73/EG und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 nachkommen, und der von jeder der in Anhang I genannten relevanten Prioritäten betroffenen Projektentwickler, ***die ein Projekt eingereicht haben, das ausgewählt werden könnte, der Organisationen der Betreiber der einschlägigen Infrastrukturen*** sowie der Kommission, der Agentur und des ENTSO-Strom zusammen.

***Die Mitwirkung der nationalen Regulierungsbehörden und der Agentur in den regionalen Gruppen darf nicht die Erfüllung der ihnen gesetzten Ziele und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben aufgrund dieser Verordnung oder der Artikel 36 und 37 der Richtlinie 2009/72/EG bzw. der Artikel 40 und 41 der Richtlinie 2009/43/EG oder der Verordnung (EG) Nr. 713/2009 beeinträchtigen.***

Or. en

##### *Begründung*

*Candidate project promoters should be consulted in the process of PCI selection by regional groups but not be part of the decision-making body. Non-TSO operators should be represented in the Regional Groups by their association; they are often project promoters and*



*operate infrastructure which is key for the well functioning of the internal energy market and of the transmission system. In spite of this, their representation in the TYNDP was not always ensured. Participation of NRAs shall not damage the responsibilities and obligations (such as tariff setting) placed on them in this proposal and in other related EU legislation.*

**Änderungsantrag 89**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 1 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Jede Gruppe organisiert ihre Arbeit in Einklang mit den Bemühungen um eine regionale Zusammenarbeit gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2009/72/EG, Artikel 7 der Richtlinie 2009/73/EG, Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 und anderen bestehenden Strukturen der regionalen Zusammenarbeit.

*Geänderter Text*

(2) Jede Gruppe organisiert ihre Arbeit in Einklang mit den Bemühungen um eine regionale Zusammenarbeit gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2009/72/EG, Artikel 7 der Richtlinie 2009/73/EG, Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 und Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 und anderen bestehenden Strukturen der regionalen Zusammenarbeit, **wie den derzeitigen Regionalinitiativen für Strom und Gas.**

Or. en

**Änderungsantrag 90**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 1 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4a) Die Entscheidungsbefugnisse in den Gruppen sind auf die Kommission und die Mitgliedstaaten beschränkt. Die Entscheidungen sind gegenüber der Gruppe gebührend zu rechtfertigen und müssen dem in Anhang II Nummer 2 Abschnitt 6b genannten Konsens genau entsprechen.**

Or. en

**Änderungsantrag 91**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Jeder Projektentwickler legt den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe einen Antrag auf Auswahl als Vorhaben von gemeinsamem Interesse vor, der eine Beurteilung seines Vorhabens/seiner Vorhaben im Hinblick auf den Beitrag zur Umsetzung der in Anhang I aufgeführten **Prioritäten**, zur Einhaltung der in **Artikel 6** festgelegten relevanten Kriterien und alle sonstigen für die Bewertung des Vorhabens relevanten Informationen einschließt.

*Geänderter Text*

(1) Jeder Projektentwickler legt den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe einen Antrag auf Auswahl als Vorhaben von gemeinsamem Interesse vor, der eine Beurteilung seines Vorhabens/seiner Vorhaben im Hinblick auf den Beitrag zur Umsetzung der in Anhang I aufgeführten **Zielen bezüglich der vorrangigen Energieinfrastrukturkorridore und -gebiete, eine Bewertung der** Einhaltung der in **Artikel 4** festgelegten relevanten Kriterien, **gegebenenfalls eine Begutachtung des Beitrags des Projekts zu den einzelnen spezifischen Kriterien gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a bis e** und alle sonstigen für die Bewertung des Vorhabens relevanten Informationen einschließt. **Bei ausreichend ausgereiften Projekten legen die Projektentwickler eine den Methoden nach Artikel 12 entsprechende projektspezifische Kosten-Nutzen-Analyse vor.**

Or. en

**Änderungsantrag 92**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

**(1a) Bei Vorhaben, die in die Kategorien 1 und 2 des Anhangs II fallen, sorgt die Agentur in Zusammenarbeit mit den nationalen Regulierungsbehörden für die einheitliche Anwendung der Bewertungskriterien und der Kosten-Nutzen-Analysen und schlägt nötigenfalls Korrekturen vor.**

*Geänderter Text*

**Änderungsantrag 93**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1b) Bei Vorhaben, die in die Kategorien 3 und 4 des Anhangs II fallen, bewertet die Kommission die konsequente Anwendung der in Artikel 4 Buchstaben d und e aufgeführten Kriterien.***

**Änderungsantrag 94**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(3) Vorgeschlagene ***Stromübertragungs- und -speichervorhaben***, die unter die in Anhang II *Punkt 1 Buchstaben a bis d* genannten Kategorien fallen, ***sind*** Teil des letzten verfügbaren, vom ENTSO-Strom gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 ausgearbeiteten Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Strom.

***(3) Nach der Genehmigung der ersten Liste von Vorhaben von gemeinsamem Interesse sind im Fall sämtlicher später verabschiedeter Listen solcher Vorhaben die vorgeschlagenen strombezogenen Vorhaben***, die unter die in Anhang II *Nummer 1 Buchstaben a, b und d* genannten Kategorien fallen, Teil des letzten verfügbaren, vom ENTSO-Strom gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 ausgearbeiteten Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Strom.

*Begründung*

*Der Zehnjahresnetzentwicklungsplan ist bisher noch immer dabei, ein umfassendes Bild von allen einschlägigen Gas- und Stromprojekten zu schaffen.*

**Änderungsantrag 95**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Für alle **unionsweiten** Listen der Vorhaben von gemeinsamem Interesse, **die nach dem 1. August 2013 verabschiedet werden, gilt**, dass vorgeschlagene Gasfernleitungs- und -speichervorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, Teil des letzten verfügbaren, vom ENTSO-Gas gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 ausgearbeiteten Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Gas sind.

*Geänderter Text*

(4) **Nach der Genehmigung der ersten Liste von Vorhaben von gemeinsamem Interesse gilt im Fall sämtlicher später verabschiedeter unionsweiter** Listen der Vorhaben von gemeinsamem Interesse, dass vorgeschlagene Gasfernleitungs- und -speichervorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 2 genannten Kategorien fallen, Teil des letzten verfügbaren, vom ENTSO-Gas gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 ausgearbeiteten Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Gas sind.

Or. en

*Begründung*

*Der Zehnjahresnetzentwicklungsplan ist bisher noch immer dabei, ein umfassendes Bild von allen einschlägigen Gas- und Stromprojekten zu schaffen.*

**Änderungsantrag 96**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4a) Im Einklang mit den Absätzen 3 und 4 müssen Vorschläge für Vorhaben, die zur Aufnahme in die erste Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse vorgeschlagen werden und nicht zuvor gemäß Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 bzw. Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 bewertet worden sind, unter der Aufsicht der Agentur vom ENTSO-Strom bzw. vom ENTSO-Gas auf Übereinstimmung mit dem unionsweiten Zehnjahresnetzentwicklungsplan geprüft werden. Nach der Billigung durch den ENTSO ist das Vorhaben als zur Prüfung**

***gemäß dieser Verordnung in Betracht kommend anzusehen.***

Or. en

*Begründung*

*Im Interesse eines kohärenten Netzausbaus müssen die Projektvorschläge mit dem gemeinschaftsweiten Zehnjahresnetzentwicklungsplan in Einklang stehen. Der Plan muss die Grundlage für die Festlegung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse bleiben.*

**Änderungsantrag 97  
Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang III – Nummer 2 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Vorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 4 genannte Kategorie fallen, werden als Teil eines von **mehr als zwei** Mitgliedstaaten ausgearbeiteten Plans für die Entwicklung einer grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Transport- und -Speicherinfrastruktur präsentiert, den die betroffenen Mitgliedstaaten oder die von diesen Mitgliedstaaten benannten Einrichtungen der Kommission vorlegen müssen.

*Geänderter Text*

(5) Vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Vorhaben, die unter die in Anhang II Punkt 4 genannte Kategorie fallen, werden als Teil eines von **mindestens zwei** Mitgliedstaaten ausgearbeiteten Plans für die Entwicklung einer grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Transport- und -Speicherinfrastruktur präsentiert, den die betroffenen Mitgliedstaaten oder die von diesen Mitgliedstaaten benannten Einrichtungen der Kommission vorlegen müssen.

Or. en

*Begründung*

*Steht in Einklang mit den Anforderungen, die bei Gas und Strom zu stellen sind; da dieser Sektor industriepolitisch gesehen nicht weit entwickelt ist, ist die Anforderung, dass die Infrastruktur mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, zu streng.*

**Änderungsantrag 98  
Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang III – Nummer 2 – Absatz 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(6a) Bei der Bewertung von vorgeschlagenen Strom- und Gasvorhaben, die in die in Anhang II Nummer 1 Buchstaben a bis d und***

*Nummer 2 genannten Kategorien fallen, berücksichtigt jede Gruppe unbeschadet der Bestimmungen von Nummer 2 Absätze 3 und 4 solche Vorhaben, die im Rahmen früherer Initiativen wie TEN-E und europäisches Energieprogramm zur Konjunkturbelebung als Vorhaben von Unionsinteresse bezeichnet worden sind.*

Or. en

*Begründung*

*Es gilt den Abbruch von Vorhaben zu verhindern, die im Rahmen der bisherigen Instrumente TEN-E bzw. EEPR genehmigt und finanziert, aber noch nicht fertiggestellt worden sind.*

**Änderungsantrag 99**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang III – Nummer 2 – Absatz 6 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(6b) Jede regionale Gruppe sollte sich um einen Konsens zu den Vorhaben bemühen, die auf ihrer vorgeschlagenen Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse stehen.*

Or. en

**Änderungsantrag 100**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(d) Gasspeicherung oder Flüssigerdgas/Druckerdgas: Ziel des Vorhabens ist es, ***mindestens zwei Mitgliedstaaten direkt oder indirekt zu versorgen, oder*** den Infrastrukturstandard (n-1-Regel) auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 zu erfüllen.

(d) Gasspeicherung oder Flüssigerdgas/Druckerdgas: Ziel des Vorhabens ist es, den Infrastrukturstandard (n-1-Regel) auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 zu erfüllen.

*Begründung*

*Mit Gasspeicherung oder Flüssigerdgas lässt sich mehr als ein Land versorgen, vorausgesetzt, dass die Verbundinfrastruktur vorhanden ist.*

**Änderungsantrag 101**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

(e) intelligente Netze: Das Vorhaben **ist** für Ausrüstungen und Anlagen auf **der Hochspannungsebene und der Mittelspannungsebene mit einer Auslegung für eine Spannung von mindestens 10 kV** konzipiert. An ihm sind **Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber** aus mindestens **zwei Mitgliedstaaten** beteiligt, die mindestens 100 000 Nutzer abdecken, die Strom erzeugen oder verbrauchen oder sowohl Strom erzeugen als auch verbrauchen, und zwar in einem Verbrauchsgebiet von mindestens 300 Gigawattstunden/Jahr, von denen mindestens 20 % aus nichtregelbaren Energiequellen stammen.

*Geänderter Text*

(e) intelligente Netze: Das Vorhaben **kann** für Ausrüstungen und Anlagen auf **jeder beliebigen Spannungsebene** konzipiert **sein**. An ihm sind **Projektentwickler** in mindestens **drei Mitgliedstaaten** beteiligt, die mindestens 100 000 Nutzer abdecken, die Strom erzeugen oder verbrauchen oder sowohl Strom erzeugen als auch verbrauchen, und zwar in einem Verbrauchsgebiet von mindestens 300 Gigawattstunden/Jahr, von denen mindestens 20 % aus nichtregelbaren Energiequellen stammen.

*Begründung*

*Das Potenzial intelligenter Netze muss auf Netze mit geringer Spannung ausgedehnt werden, bei denen die Errichtung derzeit die größten Vorteile bringt und an die die meisten Verbraucher und kleinen Stromerzeugungsanlagen angeschlossen sind. Dank einem hohen Maß an Integration von Industrieunternehmen fördert die Beteiligung von Akteuren in mehreren Mitgliedstaaten die Beschaffung und den Austausch von technischem Wissen und Sachwissen, sodass die Ausbreitung intelligenter Netze in Europa gefördert wird.*

**Änderungsantrag 102**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 1 – Buchstabe e a (neu)**

**(ea) CO<sub>2</sub>-Transport- und -Speicherinfrastrukturen: Das Vorhaben ist in einem Bedarfsgebiet angesiedelt und erhöht die Kapazitäten der CO<sub>2</sub>-Transport- bzw. -Speicherinfrastrukturen, oder es umfasst die Anlage eines Knotenpunkts bzw. einer Entnahmestelle für den künftigen Transfer von Kohlendioxid zwischen mindestens zwei Mitgliedstaaten und wird unter Beteiligung von nichtfinanziellen Projektentwicklern, die zu mindestens drei Mitgliedstaaten gehören, durchgeführt.**

Or. en

*Begründung*

*Dient der Anpassung an Artikel 4 Absatz 1. Die gemeinsame Nutzung von Know-How und Kompetenzen bei den europäischen industriellen Akteuren auf einem noch nicht ausgereiften Sektor soll gefördert werden.*

**Änderungsantrag 103**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang IV – Nummer 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 a (neu)**

**– indem für das in Anhang V Punkt 10 definierte Analysegebiet die Auswirkungen eines Vorhabens hinsichtlich der energiesystemweiten Erzeugungs- und Übertragungskosten und der Entwicklung der Großhandelsmarktpreise nach verschiedenen Planungsszenarios, insbesondere unter Berücksichtigung der bei der Merit-Order (Einsatzreihenfolge des Kraftwerkparcs) entstehenden Veränderungen, bewertet werden.**

Or. en



**Änderungsantrag 104**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) Der Wettbewerb wird auf der Grundlage der Diversifizierung gemessen, wobei die Erleichterung des Zugangs zu heimischen Versorgungsquellen eingeschlossen wird und nacheinander die Diversifizierung der Quellen, Lieferanten **und** Versorgungswege **sowie** die Auswirkungen neuer Kapazität auf den HHI-Index, der auf Kapazitätsebene für das in Anhang V Punkt 10 definierte Analysegebiet berechnet wird, **berücksichtigt werden.**

*Geänderter Text*

(b) Der Wettbewerb wird auf der Grundlage der Diversifizierung **auf Unionsebene** gemessen, wobei die Erleichterung des Zugangs zu heimischen Versorgungsquellen eingeschlossen wird und nacheinander **berücksichtigt werden:** die Diversifizierung der Quellen; die Diversifizierung der Lieferanten; die Diversifizierung der Versorgungswege; die Auswirkungen neuer Kapazität auf den HHI-Index, der auf Kapazitätsebene für das in Anhang V Punkt 10 definierte Analysegebiet berechnet wird.

Or. en

**Änderungsantrag 105**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 3 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

(c) Die Gasversorgungssicherheit wird gemessen, indem der Mehrwert des Vorhabens für die kurz- und langfristige Belastbarkeit des Netzes und für die Verbesserung der verbleibenden Flexibilität des Netzes im Hinblick auf die Bewältigung von *Versorgungsunterbrechungen* nach verschiedenen Szenarios berechnet wird ebenso wie die zusätzliche durch das Vorhaben bereitgestellte Kapazität, die bezogen auf den Infrastrukturstandard (n-1-Regel) auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 gemessen wird.

*Geänderter Text*

(c) Die Gasversorgungssicherheit wird gemessen, indem der Mehrwert des Vorhabens für die kurz- und langfristige Belastbarkeit des **Gasnetzes der Union** und für die Verbesserung der verbleibenden Flexibilität des Netzes im Hinblick auf die Bewältigung von *Versorgungsunterbrechungen* nach verschiedenen Szenarios **auf Unionsebene** berechnet wird ebenso wie die zusätzliche durch das Vorhaben bereitgestellte Kapazität, die bezogen auf den Infrastrukturstandard (n-1-Regel) auf regionaler Ebene gemäß Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 gemessen wird.

Or. en

**Änderungsantrag 106**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang IV – Nummer 3 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

(d) Die Nachhaltigkeit wird als Beitrag eines Vorhabens zur Emissionsminderung, zur Unterstützung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen oder von Strom-zu-Gas-Konzepten und des Biogastransports unter Berücksichtigung erwarteter Veränderungen der klimatischen Bedingungen gemessen.

*Geänderter Text*

(d) Die Nachhaltigkeit wird als Beitrag eines Vorhabens zur Emissionsminderung, zur Unterstützung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen oder von Strom-zu-Gas-Konzepten und des Biogastransports unter Berücksichtigung erwarteter Veränderungen der klimatischen Bedingungen gemessen. ***Dabei sind die Kosten der Emissionsminderung als Folge des Projekts im Vergleich zu den Kosten der Vermeidung der gleichen Menge an Emissionen durch alternative Investitionen im Rahmen bewährter Verfahren zu ermitteln.***

Or. en

*Begründung*

*Das Kriterium ist noch nicht quantifiziert, sodass es sich nur schwer als Grundlage für die Festlegung von Vorhaben von gemeinsam Interesse eignet.*

**Änderungsantrag 107**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) im Gassektor: Szenarios für Nachfrage, Importe, Brennstoffpreise (einschließlich Kohle, Gas und Erdöl), CO<sub>2</sub>-Preise, Zusammensetzung des Fernleitungsnetzes und seine Entwicklung unter Berücksichtigung aller neuer Vorhaben, für die eine endgültige Investitionsentscheidung getroffen wurde und die vor Ende des Jahres n+5 in Betrieb gehen sollen.

*Geänderter Text*

(b) im Gassektor: Szenarios für Nachfrage, Importe, ***heimische Erzeugung, Verfügbarkeit und Preis von Flüssigerdgas***, Brennstoffpreise (einschließlich Kohle, Gas und Erdöl), ***Strompreise, Standorte von Erdgaskraftwerken, Standorte von Speichereinrichtungen***, CO<sub>2</sub>-Preise, Zusammensetzung des Fernleitungsnetzes und seine Entwicklung unter Berücksichtigung aller neuer Vorhaben, für

die eine endgültige Investitionsentscheidung getroffen wurde und die vor Ende des Jahres n+5 in Betrieb gehen sollen.

Or. en

**Änderungsantrag 108**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 5**

*Vorschlag der Kommission*

(5) Bei der Kosten-Nutzen-Analyse werden mindestens die folgenden Kosten berücksichtigt: Investitionsausgaben, Betriebs- und Instandhaltungsausgaben während der technischen Lebensdauer des Vorhabens sowie gegebenenfalls Stilllegungs- und Abfallentsorgungskosten. Die Methode bietet eine Orientierungshilfe in Bezug auf die für die Berechnungen zu verwendenden Diskontierungssätze.

*Geänderter Text*

(5) Bei der Kosten-Nutzen-Analyse werden mindestens die folgenden Kosten berücksichtigt: Investitionsausgaben, Betriebs- und Instandhaltungsausgaben während der technischen Lebensdauer des Vorhabens sowie gegebenenfalls Stilllegungs- und Abfallentsorgungskosten. Die Methode bietet eine Orientierungshilfe in Bezug auf die für die Berechnungen zu verwendenden Diskontierungssätze. ***Bei der Kosten-Nutzen-Analyse ist die Situation der Mitgliedstaaten, die finanziell unterstützt werden, so zu berücksichtigen, dass die Wettbewerbsbedingungen eher angeglichen sind, wobei dafür zu sorgen ist, dass die relativ hohen Kapitalkosten Berücksichtigung finden.***

Or. en

*Begründung*

*Die Ertragsfähigkeit von Energieinfrastrukturvorhaben unterliegt im Fall von Mitgliedstaaten, die finanziell unterstützt werden, einem größeren Risiko, was in relativ hohen Kapitalkosten und einem Wettbewerbsnachteil bei der Kosten-Nutzen-Analyse zum Ausdruck kommt.*

**Änderungsantrag 109**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 6 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

(6) Bei der Stromübertragung und -speicherung *berücksichtigt die* Kosten-Nutzen-Analyse mindestens die Auswirkungen auf die in **Anhang III** festgelegten Indikatoren. Außerdem *berücksichtigt sie* im Einklang mit den Methoden, die für die Erstellung des letzten verfügbaren Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Strom angewendet wurden, insbesondere die Auswirkungen des Vorhabens auf Folgendes:

*Geänderter Text*

(6) Bei der Stromübertragung und -speicherung *werden in der* Kosten-Nutzen-Analyse mindestens die Auswirkungen auf die in **Anhang IV** festgelegten Indikatoren *berücksichtigt*. Außerdem *werden* im Einklang mit den Methoden, die für die Erstellung des letzten verfügbaren Zehnjahresnetzentwicklungsplans für Strom angewendet wurden, insbesondere die Auswirkungen des Vorhabens auf Folgendes *berücksichtigt*:

Or. en

**Änderungsantrag 110**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 6 – Buchstabe e a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(ea) Nachhaltigkeit, ausgedrückt als Menge der vermiedenen CO<sub>2</sub>-Emissionen.**

Or. en

*Begründung*

*Entspricht den in Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a aufgeführten Kriterien.*

**Änderungsantrag 111**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 7 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(7) Bei Gas werden in der Kosten-Nutzen-Analyse mindestens die Ergebnisse der Marktprüfung, *z. B. von „Open-Season“-Verfahren*, die Auswirkungen auf die in **Anhang III** festgelegten Indikatoren und die folgenden Auswirkungen

(7) Bei Gas werden in der Kosten-Nutzen-Analyse mindestens die Ergebnisse der Marktprüfung, die Auswirkungen auf die in **Anhang IV** festgelegten Indikatoren und **positive Externalitäten wie** die folgenden Auswirkungen berücksichtigt:

berücksichtigt:

Or. en

*Begründung*

*Die Ergebnisse von “open-seasons”-Verfahren können im Lauf der Zeit erheblich durch kontextuelle Faktoren beeinflusst werden und sind nicht immer zuverlässige Indikatoren des Marktpotenzials.*

**Änderungsantrag 112**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 7 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

(b) Netzbelastbarkeit, einschließlich Katastrophen- und Klimafestigkeit, und Netzsicherheit, insbesondere **der** in der Richtlinie 2008/114/EG definierten europäischen kritischen Infrastrukturen.

*Geänderter Text*

(b) Netzbelastbarkeit, einschließlich Katastrophen- und Klimafestigkeit, und Netzsicherheit, **die den**  
**Netzsicherheitskriterien der Stufe n-1**  
**genügt**, insbesondere **bei den** in der Richtlinie 2008/114/EG definierten europäischen kritischen Infrastrukturen.

Or. en

**Änderungsantrag 113**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 7 – Buchstabe e a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(ea) Beitrag zu mehr Ausgewogenheit bei den einzelnen Lieferquellen und den Zugangspunkten des Gasnetzes der Union.**

Or. en

*Begründung*

*Es kommt darauf an, dass sämtliche Zugangspunkte ermittelt werden und ausgewogen zur Versorgung Europas mit Gas beitragen. Wenn das erreicht ist, kann Europa Zustände vermeiden wie die übermäßige Abhängigkeit von Gas aus bestimmten Staaten. Jeder einzelne Zugangspunkt hat spezielle Eigenschaften und kann zur Versorgung Europas über*

*verschiedene Quellen und Strecken beitragen. Bereits vorhandene Infrastrukturen sollten möglichst weit ausgebaut werden, damit ihr volles Potenzial den Bürgern zu geringeren Kosten zugute kommt.*

**Änderungsantrag 114**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang V – Nummer 8**

*Vorschlag der Kommission*

(8) Bei intelligenten Netzen berücksichtigt die Kosten-Nutzen-Analyse die Auswirkungen auf die in **Anhang III** festgelegten Indikatoren.

*Geänderter Text*

(8) Bei intelligenten Netzen berücksichtigt die Kosten-Nutzen-Analyse die Auswirkungen auf die in **Anhang IV** festgelegten Indikatoren.

Or. en

## **BEGRÜNDUNG**

### **Derzeitiger Kontext**

Nachhaltige, unbedenkliche, sichere und erschwingliche Energie gehört zu den großen Herausforderungen, die die Europäer gemeinsam haben – Zivilgesellschaft, Entscheidungsträger, Wirtschaft und Umweltschützer. Dennoch ist die EU-Energiepolitik nur langsam vorangekommen, und die Ressourcen der EU wurden nur spärlich eingesetzt; erst in letzter Zeit gewann die Energiepolitik im Vertrag von Lissabon an Bedeutung. Die Kommission hat zwar für die Energiepolitik ambitionierte Ziele in Sachen Wettbewerb, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen gesetzt, dennoch haben wir auch heute noch zu schaffen mit der unzulänglichen Integration des Energiebinnenmarkts, einer deutlichen energiewirtschaftlichen Isolierung bestimmter Räume, des unzulänglichen Zugangs zu diversifizierten Energiequellen, die zur Versorgungssicherheit beitragen, und dem Mangel an greifbaren Vorteilen für Verbraucher und Unternehmen auf der Ebene von Preisen und Nachhaltigkeit. Dieses Gesamtbild und ein erhebliches Maß an Interdependenz der Mitgliedstaaten verlangen nach einem Ansatz auf Unionsebene. Notwendig werden schnellere, entschiedenere und konzertierte Maßnahmen und eine stärkere Rolle für die EU durch Koordinierung und Integration der einzelstaatlichen Anstrengungen.

### **Politischer Kontext**

Die Union hat sich klare politische Ziele für 2020 gesetzt: 20 % weniger Treibhausgasemissionen, 20 % des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen, 20 % mehr Energieeffizienz. Zu den Durchführungsrechtsakten gehören die Richtlinie über das System des Handels mit Treibhausgasemissionszertifikaten<sup>1</sup>, die Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen<sup>2</sup>, die Richtlinie über CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung<sup>3</sup>, die Verordnung über die Erdgasversorgungssicherheit<sup>4</sup>, das Dritte Energiepaket<sup>5</sup> und die Richtlinie über Energieeffizienz, über die Parlament und Rat derzeit verhandeln. Das Dritte Energiepaket war ein wichtiger erster Schritt zu einem stärker integrierten EU-Energiesystem. Der aktuelle Initiativbericht über die auf Energieinfrastruktur bezogenen Prioritäten für 2020 und die Zeit danach (2011/2034(INI))<sup>6</sup> hat ihrerseits Anstöße zu einem Vorschlag über eine umfassende Energienetzpolitik gegeben.

### **Hindernisse für einen länderübergreifenden Energiemarkt**

Trotz Fortschritten in neuerer Zeit bestehen noch erhebliche Hindernisse für einen Wettbewerbsmarkt. Bei den Stromübertragungsnetzen in Mitteleuropa bestehen erhebliche Lücken. Trotz der vom Rat für einzelne Mitgliedstaaten gesetzten Zielvorgaben für die Verbundbildung, wonach Stromverbindungsleitungen für 10 % der vorhandenen Erzeugungskapazität bis 2005 herzustellen war, hatten bis 2010 neun Mitgliedstaaten dieses

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2009/29/EG.

<sup>2</sup> Richtlinie 2009/28/EG.

<sup>3</sup> Richtlinie 2009/31/EG.

<sup>4</sup> Verordnung (EU) Nr. 994/2010.

<sup>5</sup> Richtlinien 2009/72EG und 2009/73 EG und Verordnungen (EG) /13/2009, 714/2009 und 715/2009.

<sup>6</sup> Berichtstatter: Francisco Sosa Wagner

Niveau noch nicht erreicht. Die übertragenen Strommengen haben nicht einmal halb soviel zugenommen wie im vorangehenden Jahrzehnt. Die Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Erdgaspreisen sind beträchtlich gestiegen. Anfang 2011 liefen über 60 Verstoßverfahren allein im Zusammenhang mit dem Zweiten Paket „Interne Energiepolitik“. Bezüglich der Umsetzung des Dritten Energiepakets ist die Frist (3.3.2011) abgelaufen, und die Kommission hat in allerjüngster Zeit acht begründete Stellungnahmen abgegeben, in denen acht Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihren Umsetzungspflichten nachzukommen.

### **Hindernisse für den Ausbau länderübergreifender Energieinfrastruktur**

Der neue energiepolitische Kontext bewirkt einen umfangreichen Bedarf an neuen Infrastrukturen. Der Investitionsbedarf bis 2020 wird auf 200 Mrd. EUR geschätzt, das sind allein die Energieinfrastrukturen, die für mehrere Staaten von Bedeutung sind. Noch immer werden durch sehr lange nationale Genehmigungsverfahren für Energieinfrastruktur (im Schnitt zwölf Jahre) oft Projekte blockiert und Hürden für Investitionsentscheidungen geschaffen, was mit stärkerem Widerstand in der Öffentlichkeit und Verzögerungen zusammenhängt; mitten in einer tiefgehenden Finanzkrise werden die Investitionen durch Mangel an geeigneten Finanzierungsinstrumenten gedrosselt.

### **Probleme des Vorschlags für eine Verordnung über Energieinfrastruktur**

Die neue Verordnung bringt eine begrüßenswerte, wichtige Initiative, indem sie auf die Beschleunigung der Schaffung des Energiebinnenmarkts und die Verwirklichung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele der EU abzielt. Über die Mobilisierung ganz entscheidender Investitionen kann der Vorschlag zur Neubelebung von Wachstum und Beschäftigung in der EU beitragen.

Der Vorschlag sieht die Modernisierung und Zusammenschaltung der Energienetze vor. Im Bereich Elektrizität wird die Stärkung der Marktintegration und des Wettbewerbs, die Sicherheit der Systeme und die Integration von Energie aus erneuerbaren Quellen angestrebt, wobei die dezentrale und nichtregelbare Stromerzeugung durch intelligente Netze, Verbindung mit Speichereinrichtungen und Stromautobahnen bewältigt werden muss. Im Erdgasbereich lässt sich die Versorgungssicherheit durch die Diversifizierung von Lieferquellen und -wegen, Flüssigerdgas und bidirektionale Fernleitungen lösen. Zudem werden in den Vorschlag die Belieferung von Nichtküstenstaaten mit Rohöl und die Verlegung von Fernleitungen für CO<sub>2</sub>-Abschaltung und -speicherung zwecks Anbindung von Erzeugungspunkten und Lagereinrichtungen befürwortet.

In den Vorschlag werden neun vorrangige Korridore und drei vorrangige thematische Gebiete, Vorschriften zur Festlegung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse und die Schaffung einer einzigen Behörde (einzige Anlaufstelle) für die Aufsicht und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei den genannten Vorhaben vorgesehen; hinzu kommen eine Kosten-Nutzen-Analyse zwecks Festlegung der Rangfolge der Vorhaben, die Aufteilung der Kosten von Investitionen nach Maßgabe der Vorteile, die länderübergreifend wirkende Standorte erbringen, Anreize für Vorhaben mit höheren Risiken und die Festlegung der Bedingungen für die Gewährung von Unionsfinanzhilfen über die Fazilität „Connecting Europe“.

### **Bereiche, in denen der Verordnungsvorschlag zu verbessern ist:**



#### **a) Verfahren der Auswahl der Vorhaben von gemeinsamem Interesse mit dem Ziel der “Europäisierung” der Netze**

Die Einreichung von Vorschlägen der Übertragungs-/Fernleitungsnetzbetreiber (TSO) und die Analyse der Vorschläge für die Regionalgruppen folgt einem von der untersten Ebene ausgehenden Ansatz. Der Begriff der Projektentwickler wurde neu definiert, und deren Berichtspflichten gegenüber den Regionalgruppen wurde geklärt. Bei der Steuerung der Regionalgruppen, die für die Auswahl der Vorhaben von gemeinsamem Interesse zuständig sind, fehlt es an Einzelheiten über das Kräftegleichgewicht bei den Interessenträgern, die Entscheidungsverfahren und die Mechanismen zur Konfliktbeilegung; bei aktuellen Beratungen im Rat über die Steuerung der Regionalgruppen kamen die Belange der Mitgliedstaaten bezüglich der Wahrung nationaler “strategischer Interessen” zur Geltung. Das ist ein wichtiges Anliegen beim Ausbau von europäischen Infrastrukturen aller Art.

Die Wahrung gemeinsamer EU-Interessen bei der Auswahl der Vorhaben sollte vor Einzelinteressen Vorrang haben. Das Verfahren der Auswahl sollte mit dem Dritten Legislativpaket und dem Verfahren des Zehnjahresnetzentwicklungsplans in Einklang stehen, wobei eine übergreifende EU-Binnenmarkt-Perspektive den eingebauten starken, auf der unteren bzw. der nationalen Ebene beginnenden Ansatz zu ergänzen hat. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) sollte wesentlich zur Koordinierung und Kohärenz des Netzausbaus, der ökonomisch effizienten Investitionstätigkeit und zur Vertretung der Verbraucherperspektive beizutragen haben. Die Auswahl der Vorhaben und deren Bündelung zunächst auf regionaler und später auf Unionsebene anhand einer Analyse nach vielen Kriterien und einer Kosten-Nutzen-Analyse wird Objektivität und Konsens im Verfahren der Auswahl der Vorhaben begünstigen.

#### **b) Wirkungsvolle Instrumente für die Schaffung von Infrastrukturen**

Die Entwicklung und Verwirklichung länderübergreifender Energienetzinfrastrukturen ist im Lauf der Zeit auf viele Hindernisse gestoßen, und das dürfte sich in absehbarer Zeit fortsetzen; gleiches gilt für die heikle Abwägung zwischen Subsidiarität und gemeinsamem EU-Interesse.

Der Vorschlag soll den Weg in diesem Prozess ebnen: Eine Darlegung der vorranigen Korridore sollte den zu erwartenden Beitrag der einzelnen Regionen zum Erreichen der energiepolitischen Ziele klären; durch Konsensentscheidungen in den Regionalgruppen sollen einseitige Blockaden unterbunden werden; effektivere Genehmigungsvorschriften, eine Frist von drei Jahren und eine durchsetzbare einzige Anlaufstelle für die nationalen Behörden bei der Genehmigung eines Vorhabens sind wesentliche Instrumente für das Verfahren; zudem kann die Ausstattung der europäischen Koordinatoren für Vorhaben, bei denen es besondere Schwierigkeiten gibt, mit speziellen Befugnissen – angesichts früherer Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten – einen Teil der Probleme lösen. Außerdem werden für den Fall, dass die Projektentwickler die Vorhaben nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen (von Umständen, die sich ihrem Einfluss entziehen, abgesehen) und dass ihre Ausführung sich erheblich zu verzögern droht, deutliche Fristen und Verfahren vorgeschrieben, damit neue Projektentwickler sich zusammentun oder solche Projekte übernehmen können.

Wir brauchen durchgreifende Instrumente, um die Verschärfung der räumlichen Asymmetrie und Isolation zu überwinden, sodass für den territorialen Zusammenhalt in der Union gesorgt ist. Damit die vorgesehenen Maßnahmen Wirkung entfalten und Hindernisse überwunden werden, müssen Instrumente geschaffen werden, die die Interessenträger zwecks

Verwirklichung gemeinsamer Kohäsionsziele zusammenführen und künstliche Barrieren für länderübergreifende Netze abbauen.

### **c) Zusätzliche Förderung von Zusammenarbeit und Koordinierung der Netzbetreiber mit Blick auf die erwarteten Vorteile**

Die Mitgliedstaaten sind mit unterschiedlichem Tempoden unionspolitischen Zielen bezüglich der stärkeren Zusammenschaltung und der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen näher gekommen. Dass EU-Finanzmittel für die Mitgliedstaaten aufgewendet werden, die nur wenig geleistet haben, schafft für diese ein "moralisches Risiko" – die, die spät dran sind, haben, indem sie auf Investitionsanreize warten, relative Vorteile vor denen, die früher tätig waren. Durch die Möglichkeit der Beteiligung einer Vielzahl von Betreibern (3 oder mehr) an mit EU-Mitteln geförderten Vorhaben würde eine stark benötigte Zusammenarbeit zwischen den Netzbetreibern vorangebracht, wobei sich das vorhandene Know-How potenziert, Vertrauen zwischen den Marktakteuren entsteht und die Marktintegration begünstigt wird.

Es bedarf der Zusammenarbeit und der besseren Systemsteuerung, damit die Nutzung und der Betrieb von Energienetzen durch die Netzbetreiber herbeigeführt wird. Die zunehmende technologische Komplexität des neuen Energiemix, die durch den Beitrag der erneuerbaren Energieträger bedingt ist, hat das Risiko mangelnder Koordinierung, und sogar das Stromauswahlrisiko, in Netzen verstärkt, bei denen mehrfache Abhängigkeiten bestehen. Die Erfassung und Überwachung von Daten über den grenzüberschreitenden Austausch in Echtzeit kann ein wichtiges Instrument zum sicheren und effizienten Betrieb von Energieinfrastrukturen oder auch zu deren künftiger Planung werden. Ebenso ist unter dem Aspekt der Verbraucher die Optimierung der Infrastrukturnutzung von großer Bedeutung. Der ENTSO-Strom und der ENTSO-Gas sollen der Kommission Vorschläge zur Gestaltung und Realisierung einer geeigneten Koordinierung des Echtzeitbetriebs bezüglich der EU-Energieinfrastruktur vorlegen.

### **d) Ausbau der Investitionstätigkeiten**

Ein entscheidender Faktor besteht in der Mobilisierung privater Investitionen. Der Vorschlag sieht einen Mechanismus zur länderübergreifenden Aufteilung der Kosten nach Maßgabe der Vorteile für die beteiligten Mitgliedstaaten vor. Bestimmungen der Verordnung sehen eine Rolle für die nationalen Regulierungsbehörden bei der Festlegung von Investitionsanreizen nach Maßgabe der von den Projektentwicklern eingegangenen Risiken vor. Deutlichere Leitlinien auf EU-Ebene bzw. ein EU-weiter Vergleich der bewährten Verfahren kann notwendig werden, um die Investitionstätigkeit auszubauen.

Das Fehlen der kommerziellen Tragfähigkeit wurde als entscheidendes Kriterium für die Gewährung von EU-Finanzhilfen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ gehandhabt. Das trägt entscheidend dazu bei, Marktverzerrungen zu unterbinden und öffentliche Fördermittel auf die Vorhaben zu begrenzen, die positive Externalitäten aufweisen, aber im Fall der Nichtförderung nicht über die Marktmechanismen realisiert werden würden. Eine enge Verknüpfung mit den Finanzinstrumenten der genannten Fazilität zum Zweck der Mobilisierung privater Finanzquellen für Investitionen in Vorhaben von gemeinsamem Interesse bietet ein wesentliches Mittel hierzu, und die Strukturfonds werden intelligente Energienetze von lokaler oder regionaler Bedeutung finanzieren. Beide Arten von Finanzierungsquellen werden sich dabei ergänzen. Andererseits sollten die Mitgliedstaaten die Regeln des EU-Energiemarkts einhalten, um Zugang zu den EU-Finanzinstrumenten der Fazilität „Connecting Europe“ zu bekommen.

